

Er scheint täglich außer Montag...
Abonnement-Preis für Berlin...
Wochensatz 1,10 Mark...
Einzeln 10 Pfennig...
Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pfennig...
Wochensatz 2,30 Mark pro Quartal...
Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat...
Eingetragen in der Volk-Zeitung-Verlagsliste für 1891 unter Nr. 6469.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit...
Wochensatz 1,10 Mark...
Einzeln 10 Pfennig...
Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pfennig...
Wochensatz 2,30 Mark pro Quartal...
Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat...
Eingetragen in der Volk-Zeitung-Verlagsliste für 1891 unter Nr. 6469.

Verantwortlicher Redakteur:
Joh. V. B. 4101.

Vormärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 17. Dezember 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Trennung der Kirche vom Staat

oder Trennung des Staates von der Kirche, — das war, so lange es in Deutschland eine bürgerliche Demokratie gab, deren Feldgeschrei. Es galt für das Allheilmittel, um einerseits allen Reibungen zwischen Staat und Kirche vorzubeugen, andererseits den schädlichen Einfluß der Kirche zu brechen.

Wie die Bücher, nach dem Ausspruche des Horaz, so haben auch die Stich- und Schlagwörter ihre Schicksale, und keines hat ein seltsameres Schicksal gehabt als dieses. In Frankreich erleben wir gegenwärtig das sonderbare Schauspiel, daß die Trennung des Staates und der Kirche übereinstimmend, zu gleicher Zeit von den sozialistischen Gegnern und von den gläubigsten Anhängern der Kirche gefordert wird. Dieses scheinbare Räthsel löst sich, sobald wir den Kern der Frage ins Auge fassen und die moderne Kirchengeschichte, namentlich die Entwicklung der Kirche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit kritischem Blicke betrachten. Die Kirche will herrschen, und ihrer Natur nach muß sie dies wollen. Dem Staat ist sie prinzipiell nicht feind. Die katholische Kirche — und sie allein kommt hier in Frage, denn die protestantische Kirche hat sich stets in einem Abhängigkeits-, ja im dienenden Verhältnis zum Staat besonnen, und fühlt sich in diesem Verhältnis voll unterthänigster Bewußtheit auch sehr wohl — die katholische Kirche hat sich der europäischen Großstaaten längst darauf verpflichtet, den Staat direkt zu beherrschen, wie das in den Zeiten der Hohenstaufen ihr Ziel war — sie begnügt sich mit der Gleichordnung, sie will Macht sein neben der Macht und mit dem Staat einen Konkurrenzkampf führen, in welchem sie Siegerin zu bleiben und sich die indirekte Herrschaft zu erringen hofft. Mag der Staat die weltliche Herrschaft haben, wenn er der Kirche nur die geistliche Herrschaft — die Herrschaft über die Geister läßt. Und der Schlüssel der geistlichen Herrschaft ist die Herrschaft über die Schule.

Auch auf dem Gebiete des Schulwesens hat aber die Kirche — wenigstens da, wo sie nicht direkt herrschen kann — längst auf die absolute Herrschaft verzichtet und sich mit dem Verhältnis der freien Konkurrenz begnügt. Mag der Staat seine Schulen haben, wenn er der Kirche nur erlaubt, ihre Schulen zu haben. Und bei diesem Verhältnis hat die katholische Kirche in Frankreich ausgezeichnete Geschäfte gemacht — sie hat dort, trotz aller bürgerlichen Demokratie und Freigeisterei, noch gut

ein Drittel der gesammten Jugendziehung in ihrer Hand.

Und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die Trennung d. r. Kirche vom Staat seit dem Bestehen der großen transatlantischen Republik — d. h. seit 120 Jahren — thatsächlich durchgeführt. Etwa zum Nachtheil der Kirche? Mit Nichten. Die Vereinigten Staaten sind, obgleich die katholische Kirche dort nicht einen Pfennig vom Staate bezieht und obgleich das anglo-germanische Grundelement der Union für den Katholizismus eine fast idiosynkratische Abneigung hat, der einzige Großstaat der Welt, in dem der Katholizismus während dieses Jahrhunderts ein erhebliches Wachstum aufweist. Und der langjährige Führer der ultramontanen Partei in Deutschland, der verstorbene Abgeordnete Windthorst, hat bei mehr als einer Gelegenheit erklärt, er halte die Trennung von Staat und Kirche, wie sie in Amerika besteht, für den wünschenswerthesten Zustand.

Die französischen Ultramontanen handeln also von ihrem Parteistandpunkt aus logisch und korrekt, indem sie die Trennung der Kirche vom Staat fordern, und die französischen Radikalen bekunden, indem sie die nämliche Forderung aufstellen, eine große Naivetät und Unwissenheit.

Gewiß, — sie verlangen Streichung des Kultusbudgets und haben dadurch auch manchem deutschen Demokraten und selbst Sozialdemokraten Sand in die Augen gestreut. Wohl, in den Vereinigten Staaten giebt es kein Kultusbudget — und die Vereinigten Staaten sind heutzutage „das Paradies der katholischen Kirche.“

Die deutsche bürgerliche Demokratie hat den Satz: Trennung der Kirche vom Staat durch den weiteren Satz: Trennung der Kirche von der Schule zu ergänzen gesucht. Allein auch mit dieser Doppelformel wird der Zweck: die Herrschaft der Kirche über die Geister zu brechen, nicht erreicht. Die Kirche ist, wie schon gesagt, auch auf dem Gebiete des Schulwesens mit einem Verhältnis freier Konkurrenz zufrieden. Und das Beispiel der französischen Republik zeigt auf's Schlagendste, daß die Kirche bei einem solchen Verhältnis vortrefflich gedeiht.

Der Erfurter Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich darum mit jener demokratischen Doppelformel nicht begnügen können, und seine, die Kirche und Schule betreffende Programmsätze so formuliert, daß — bei rückhaltloser Gewährleistung unbeschränkter Religions- und Glaubensfreiheit — dem Klerus die Möglichkeit genommen wird, die Kirche dem Staat als gleichberechtigte Macht gegenüberzustellen, und

die Erziehung der Jugend, außer so weit der Religionsunterricht im Spiele ist, irgendwie zu beeinflussen.

Und kein Programm, das dies nicht klar und scharf ausdrückt, ist geeignet, die Beseitigung der Uebel zu erwirken, um deren Beseitigung es sich handelt: Reibungen und Konflikte zwischen Staat und Kirche zu verhüten, und die Schule dem Einfluß der Kirche zu entziehen.

Die französischen Radikalen werden bald entdecken, daß sie jetzt gegen Windmühlen sechten, — und sie werden, wenn sie zum Ziele gelangen wollen, von der deutschen Sozialdemokratie zu lernen haben, wie man die Kirche besiegt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Dezember.

Die zweite Lesung der Handelsverträge wurde auch heute noch nicht zu Ende gebracht, nur die Interessenten, welche die Verhandlungen durch ihre ebenso langen wie langweiligen Reden aufhielten, waren andere. Heute führten das Wort gegen einzelne Bestimmungen des Vertrages die württembergischen und elsasser Weinbauern. Die Erleichterung der Einfuhr der Weinmaische und des stark alkoholhaltigen italienischen Weines zum Vorschneide der deutschen Weine beunruhigt unsere Weinproduzenten. Daß es auch Konsumenten giebt, welche ein Interesse am billigen Wein haben, daran schienen auch die Herren Härtle, Schnaidt und Pflüger (Württemberg) von der Volkspartei nicht zu denken, welche alle Drei gegen die Herabsetzung der Weinzölle stimmten. Schöne Volksmänner das. Für die Konsumenten trat in sehr energischer Weise unser Genosse Hinkel ein, welcher besonders auf die Heuchelei aufmerksam machte, über die Zunahme des Schnapskonsums im Elsaß zu lamentiren und gleichzeitig gegen die Verbilligung des Weines zu agitiren. Weiter sprachen von unseren Abgeordneten noch Virl und Stadthagen. Die namentliche Abstimmung über die Position Weinzoll war von den Nationalliberalen Dr. Vahl und Bärklin beantragt und soll dieselbe den Herren Gelegenheit geben, ihre Bauernfängerei bei der nächsten Wahl weiter betreiben zu können. Die Abstimmung ergab die Anwesenheit von 267 Mitgliedern im Hause, von denen rund 200 mit Ja für die Herabsetzung des Trauben- und Weinzölle und 66 dagegen stimmten. Lang-Schleifstadt enthielt sich der Abstimmung. Von den 66 Abgeordneten, welche heute mit Nein stimmten, wird die kleinere Hälfte bei der Schlussabstimmung den Handelsverträgen ihre Zustimmung geben. Nur Graf Mirbach und zirka zwei Dutzend Junker sowie die Antisemiten werden im Interesse der „nationalen Schweinewirtschaft“ und was damit zusammenhängt, mit Nein stimmen.

Ja, meine Herrschaften, es giebt gar wunderliche Menschenkinder auf dieser Welt! —

VII.

Ich habe hier ein neues Kapitel angefangen, um der unangenehmen Aufgabe zu entgehen, Felicitas Rebling in einem Athem zu nennen mit Theresie Crone und Konsorten, aber ich sehe ein, daß ich dem doch nicht entgehen kann; denn heut zu Tage werden die Menschen und noch manches andere durcheinander gerüttelt und geschüttelt auf der Welt, wie die Kräuter in einer Apotheke, wenn der Provisor Brustthee macht; da müssen sich auch allerlei Pflänzlein vertragen, die auf sehr verschiedenem Boden gewachsen sind.

Eine ganze Gesellschaft steht beisammen am Waldeesbaum, dort, wo man aus dem Werderner Buchenwald hinauskommt; an der Westseite sind die abgrundtiefen Steinbrüche, an der anderen abgeerntete Stoppelfelder, auf welchen Unkraut und frisches Gras wuchert.

Der Herr Doktor Wirtelbier und seine Frau, Frau Oberamtsrath Bittersfuß und Fräulein Theresie Crone — sie alle wollten in Werder den Besuch machen. Von der Chaussee aus sahen sie die Herrschaften aus dem Walde kommen; sie verließen den Wagen und trabten mit den dünnen Stadtschuhen über die Stoppelfelder.

Und nun geht's an ein Begrüßen, Händeschütteln, höfliche Worte, freudliche Gesichter, wie's nun mal der Lauf der Welt so mit sich bringt, daß es ein Vergnügen ist zu sehen und einem unwillkürlich die Worte der hl. Schrift einfallen: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst. Amen.“ Und dann steht in demselben lehrreichen Bude geschrieben: „Du sollst nicht lügen und nicht heucheln u.“, aber da ich

Feuilleton.

Verboten.

Fé.

Von Edna Fern.

O Sonnenstrahl, du glänzender, verrätherischer Sonnenstrahl! Daß du auch die Relieffizze auf der dunklen Stagdre heimlich vergolden mußt, daß man die Augen nicht wegwenden kann!

Was ist das? — Jene Skizze dort — mit einem Schritt steht Günther vor ihr — er erkennt es — sein eigenes Werk.

„Ich habe sie ja als verfehlt, verpöchtelt bei Seite gestellt, nimmer daran gedacht, danach gefragt — Fé, wie kommen Sie dazu?“

„Ihr Freund Hollen, Günther,“ zögernd kommt es von Fé's Lippen, „er arbeitete doch mit Ihnen in Dehlan's Atelier. Er ist auch Ernst's Freund geblieben. Da war er einmal hier, vor Jahren schon, ich bat ihn um das Relief, Günther, es gesiel mir.“

„Ach ja, damals versuchte ich noch zu arbeiten,“ sagte Günther traurig.

„Die Idee war gut, aber mir fehlte Alles zur Ausführung. Sehen Sie her, Fé, diese Venus — kühl, leidenschaftlos — blickt so die Göttin der Liebe? — Jene Gruppe dort — das Weib ähnelt Ella — denn ich mußte doch meiner schönen Frau Gemahlin eine Artigkeit erweisen, nicht wahr, so schickt es sich für einen jungen Ehe-

Ist sie nicht wunderbar nächtern aufgefaßt? So geht es, wenn man ohne Seele arbeitet!

Und Psyche — o du mein Liebling! Wie habe ich gesucht, in den Museen, Gallerien, zwischen den Menschen, in meiner Phantastie — überall — ach, nirgends fand ich meine Psyche.

Und jetzt — Fé, Kind, Du bist Psyche, so wie ich sie erträumt, so wie sie meiner Seele, meinem Herzen vorgeschwebt. O Fé, so wie Du dachtest: Mit aller Anmuth, allem Deinem Liebreiz; Deine kleinen Hände über den Busen gefaltet, den Körper ein wenig vorgebengt, mit dem geneigten Köpfchen auf dem schlanken Hals, und in den Augen, den süßen Augen, viel Glück und ein wönig Leuchten —

O Fé, so möchte ich Deinen lieben Körper nachbilden, in der ganzen Macht seiner ewig jungen Schönheit — Fé —

Groß, erschreckend groß haben ihn die „süßen“ Augen angeblickt, jetzt sucht die Hand nach der Lehne des Stuhles; sie muß sich setzen, es schwindelt Fé vor den Augen. Die „kleinen“ Hände schlägt sie vor das erglühende Gesicht, und glänzende Thränen rinnen zwischen den schlanken Fingern hindurch in ihren Schooß.

Da kniet Günther neben ihr nieder, sanft berührt er ihren Arm und

„Fé, Kind,“ bittet er, „verzeih dem Freund, was der Künstler gesündigt.“

Und Fé legt die weichen Arme um seinen Hals und schmieg zärtlich das Köpfchen an seine bärtige Wange.

„Ich hab' Dich so lieb, Günther,“ flüstert sie, wie sie als Kind gethan.

Vollkommen unverständlich! Gänzlich unmotiviert! sagen sicherlich meine logisch denkenden Leser.

Bismarck im Reichstage. Nicht daß er gekommen wäre — aber er wurde im Reichstag aufgerufen. Es war heute bei der ersten namentlichen Abstimmung, seit er gewählt worden ist. Sein Name wurde pflichtschuldigst verlesen und: homerisches Gelächter war die Antwort. Alles schaute nach dem Platz, wo er sitzen sollte und nicht sah, und mit Ausnahme des kleinen Häufchens der verhärtetsten Brotpreistheurer lachte der ganze Reichstag. Ob mehr Hohn und Spott oder mehr Verachtung in diesem Gelächter lag, das bleibt dahin gestellt — Respekt lag sicherlich nicht darin. Nun — die Freunde des verbliebenen Ex-Kanzlers können sich mit dem Gedanken trösten — nicht je dem Todten wird beim Begräbniß ins Grab gelacht. —

Die nothleidenden Großgrundbesitzer haben trotz ihrer Noth nichts von ihrer übermüthigen Annahme verloren. So verlangte der Abg. Febr. v. Mantouffel im Reichstage nichts weniger als die Einschränkung der Freizügigkeit, damit die Landwirtschaft Arbeitskräfte habe. Daß der Arbeiter ein eigenes Recht an seine Person habe, das mindestens eben so hoch steht, wie das des freierwerblichen Rittergutsbesizers, will den Herren gar nicht in den Sinn. Wenn der Febr. v. Mantouffel für sein Vortragen nicht Arbeitskräfte hat, so mögen doch er selbst und seine Söhne hinterm Pfluge hergehen und seine Frau und Töchter als Mägde arbeiten, und das Land, das er nicht bebauen kann, möge der staatlichen Gemeinschaft zufallen! Die Beschränkung der Freizügigkeit zu Gunsten der Gutsherren würde den Arbeiter zum Sklaven machen; das wäre wohl den Junkern erwünscht, aber sie mögen auch bedenken, daß den Sklaven damit das einzige Recht des Sklaven zufiele, nämlich das seine Ketten zu brechen und der Gewalt des Herren jedes Gewaltmittel entgegenzusetzen. —

Die Annahmen der Junker erfordern mit Nothwendigkeit ein positives Vorgehen gegen dieselben. In erster Reihe ist zu fordern die Aufhebung des Koalitionsverbots bezüglich der ländlichen Arbeiter, sowie all der Bestimmungen in Landesgesetzen, Provinzialgesetzen, Statuten u. (Gesetz-Ordnungen), welche die ländlichen Arbeiter dem Joch der Leibeigenschaft unterwerfen und sie des Rechts, wegen Ehrverletzung zu klagen, berauben. Von sozialdemokratischer Seite dürfte demnächst ein solcher Antrag dem Reichstage zugehen, der schon dadurch Interesse gewinnt, daß er die Bourgeoisparteien zwingt, ihr „warmes Herz“ für die Arbeiter an den Tag zu legen. —

Der Patriotismus des Kapitals, gleichviel ob Börsenkapital, Grundbesitz oder Industriekapital, zeigt sich in gleicher Weise. Die deutsche Börse lehnt nach dem Geschäft mit Rußland, wenn es auch nur zu dem Zweck abgeschlossen wird, Deutschland mit allen Grünseln des Krieges zu überziehen. Die sich darob kundgebende Entrüstung im Volke hat seiner Zeit die Mendelssohn und Warshauer noch verhindert, russische Anleihe auf den deutschen Markt zu bringen, und so sucht man wenigstens auf indirektem Wege Rußland den Krieg gegen uns zu erleichtern, indem man russische Eisenbahnen besetzt. Die Berliner Handelsgesellschaft unter dem Direktor Fürstberg hat ein solches Geschäft abgeschlossen.

So wenig das Börsenkapital Patriotismus hat, so wenig hat es das andere Kapital. Wenn es gilt, billige Arbeitskräfte ausbeuten zu können, so werden aus Rußland, Oesterreich, Italien Arbeiter herangezogen, um die deutschen Arbeiter, welche um Verbesserung ihrer Lage ringen, zu bekämpfen und zu verdrängen.

Der Profit steht höher als das Vaterland und die Nation. —

Der Abgeordnete für Ofterndorf, alias „Mikanzler“, hat durch die negative Tagesarbeit, mit der er vor dem neuen Kanalar „ausgeschiffen“ ist, seine Wähler kopscheu gemacht. Als sie ihm ihre Stimme gaben, dachten sie eine weltgeschichtliche That zu thun — sie stellten den „Herkules des neunzehnten Jahrhunderts“, der durch irgend eine Fatalität zu Falle gekommen, wieder auf die Beine, und gaben ihm die Gelegenheit, von der Tribüne des Reichstages herab all seine Gegner zu Staub zu zermalmen. So dachten sie. Der „Herkules“ polterte und proklamierte auch wie ein Renommistfuchs — forderte — allerdings aus der Ferne —

wie alle Menschen, das angeborene Talent, alles Unangenehme so schnell wie möglich zu übergehen, von mir zu schieben, besitze, so will ich nicht weiter auf dieses heikle Thema eingehen. —

Vermuthlich geht es den Kräutern unter den Händen des Provisors gerade so, wie den Menschen auf dem Werdoner Stoppelfelde. Wie Therese Greene zu Hs. Nistling, sagt viellecht das Stück Strohholz zur Malce: „Sehr erfreut, Sie zu sehen! Gott, wie reizend! Klein, wie ich mich freue! und denkt dabei in tiefinnersten Strohholzerzen: „Widerliche, Kreatur Du! Ich hoffe Dich!“ Denn sie sind nicht in derselben Erde gewachsen, das Strohholz und die Malce. —

So steht die bewegliche, lebhaft lachende, plaudernde Gruppe unter dem blauen Herbsthimmel am Rande des Waldes auf dem Stoppelfelde und dicht dabei weidet eine Herde Schafe. Schafmeister Jörgen's große Gestalt, mit dem verwitterten, altmodischen Gesicht, lehnt gravitätisch auf seinen langen Stab und Hund „Wasser“, ein schwarzlich-grauer, ebenso verwitterter Schafesitz spürt aufmerksam die Ohren und bewacht seine Sorgenthunder, die muthwilligen Schaf-Bachfische.

Etwas oberhalb am Waldesrand unter der letzten Buche, steht Günther Norberg und starrt gedankenvoll die bräunlichen Blätter von den tasterabhängenden Zweigen — da blickt er in ein paar seltsam schillernde Augen, und eine einschmeichelnd weiche Stimme fragt mit leisem Geben: „Nennen Sie mich nicht mehr, Herr Norberg?“

Und er sieht in das erregte Gesicht Therese's, in dieses blühende Gesicht mit den schneeweiß geputzten roten Lippen, und es zuckt ein Strahl des Ervonnens über seine Jüge.

Da leuchten ihre Augen auf, die vollen Lippen lächeln — doch „Sie irren sich, mein Fräulein“, sagte er kühl, fast unhöflich, „ich habe nicht die Ehre.“

Und auch Günther Norberg hat gelogen und er weiß es: —

— Lustiges Lachen, Gläserklingen, Champagnerpfropfen knallen — — Es lebe die Freude!
Künstler Hub's, leichtsinniges Volk, und Musiker, Schachspieler, und zwischen ihnen die glänzenden Augen, vollen

all seine Gegner im Allgemeinen und seinen Nachfolger im Besonderen zu einem Duell auf Leben und Tod heraus. Aber — die Gegner waren zur Stelle, seuten sich auf den Strauß — und wer nicht da war, das war der „Herkules“.

Er war aus seinem Dachsbau nicht herauszubringen, und wenn aus demselben nicht ein Pelotonfeuer unterirdischen Geschimpfs heraufknatterte, so müßte man denken, der „Herkules“ wäre todt. Mit diesem Pelotonfeuer im Dachsbau ist jedoch den Ofterndorfern nicht genügt und sie rufen: „Herkules“ heraus! Heraus aus dem Dachsbau! Oder heraus aus dem Reichstag! In einer Volksversammlung ist schon feierlich beschlossene worden, den verunglückten „Herkules“ zur Niederlegung seines Mandats aufzufordern. Und weitere Versammlungen zu dem gleichen Zweck sind anberaumt. Man tau! —

Inter arma silent leges, unter den Waffen schweigen die Gesetze, und unter der Herrschaft des Militarismus tritt vor diesem selbst die Autorität der bürgerlichen Behörden zurück. Das „gut gekunnte“ „Hannoversche Tageblatt“ bringt folgenden Bericht über einen Konflikt zwischen Nachtwächtern und Offizieren:

Sieben Nachtwächter, ferner ein Schutzmacher und ein Tischlergeselle hatten sich am 10. Dezember vor der ersten Strafkammer des Landgerichts zu Hannover zu verantworten. Es handelte sich um einen Konflikt, zunächst veranlaßt durch den Regierungskassendirektor und Lieutenant der Reserve Strudmann, der sich durch einen Zivilisten provoziert glaubte und den Säbel gezogen hatte. Strudmann befand sich mit dem Lieutenant Mauve und dem Jährlich Müller auf dem Wege von der Schloßwache nach Hause. Es hatte sich eine Anzahl Zivilisten gesammelt, welche sich mißliebiger äußerten über das Vorgehen des Säbels. Die Offiziere forderten den Nachtwächter Feinmann, einen der Angeklagten, auf, die angesammelte Menge zu zerstreuen. Dies mißlang, und Strudmann zog abermals den Säbel. Die Ansammlung der Menge wurde immer größer, und Feinmann sah sich veranlaßt, ein Nothsignal zu geben, auf welches die Nachtwächter Volkswieg und Grüme erschienen. Lieutenant Strudmann versuchte die Menge zum Auseinandergehen zu bewegen und drohte schließlich, auf sie einzufallen zu wollen, welche Drohung er zur That werden ließ, indem er auf die Menge einhieb. Durch den angeklagten Schutzmachergehilfen Himmel wurde dem Strudmann der Säbel entrisen. Bei der Verfolgung Himmel's soll Strudmann auf den Feinmann mit seiner Reithand eingeschlagen haben, worauf dieser ihn für verhaftet erklärte. Volkswieg und Grüme erklärten den Lieutenant Mauve ebenfalls als Unrechthaber. Auf ein gegebenes Nothsignal erschienen noch die Angeklagten Hornhardt, Schnabel und Meyer. Lieutenant Mauve sah sich dadurch veranlaßt, ebenfalls den Säbel zu ziehen. Die Nachtwächter hielten ihn nun fest und führten die Unrechthaber auf die Schloßwache. Auf dem Wege dahin sollten die Offiziere nun durch Schimpfreden beleidigt, und dem Lieutenant Mauve soll durch den Angeklagten Grüme mit der Faust die Nase blutig geschlagen worden sein. Durch Grüme wurde auch dem Lieutenant Mauve der Säbel abgenommen. Die angesprochenen Nachtwächter behaupten, sich vollständig in ihrem Rechte befinden zu haben, und bezeichnet das Verhalten der Offiziere als unordentlich. Die Offiziere seien nach ihrer Ansicht betrunken gewesen, und sie hätten sich veranlaßt gefühlt, die Offiziere in Schutzhaft zu nehmen. Die Offiziere stellten jede Trunkenheit in Abrede — doch will Strudmann von dem Beginn des Vorfalls keine Erinnerung mehr haben. Der Gerichtshof hielt eine Mißhandlung und Beleidigung der Offiziere für erwiesen und verurtheilte vier der Nachtwächter zu Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zu zehn Monaten und die beiden andern Angeklagten zu einem bzw. drei Monaten Gefängnis.

Der Gebrauch des Messers bei Wortwechsellern und Streitigkeiten erregt oft genug die Entrüstung der Presse und die schärfsten Strafen werden gegen die Messerhelden verlangt. Und bei einem Offizier soll es die „Ehre“ verlangen, daß er bei etwaigen Mißlichkeiten das Messer gegen Unbewaffnete zieht!

Die nationalliberale Jämmerlichkeit zeigt sich so recht in der beifälligen Aufnahme aller Bismarck'schen Klaffereien und Deyereien, ob sie sich gegen den Kaiser oder gegen die Regierung in Einzelnen oder im Ganzen richten. Dabei aber fehlt den Nationalliberalen der Muth, im Reichstage Farbe zu bekennen. In ihrer Prose spiegelt sich ihr gerühmter „Patriotismus“ und ihr „Nationalitätsgefühl“ in einer so gehässigen und hämischen Weise wider, als ob sie nur den einen Wunsch hätten, das ganze Reich möchte lieber

weißen Arme und nackten Schultern mindestens ebenso lebensfroher Frauen und duftende Blumen und schimmernde Edelsteine — falsch oder echt — sie funkeln doch. Da legt Fräulein Vella vom Ballet die entzückenden Füßchen ungenirt auf das Tabouret, auf welchem Günther Norberg sitzt und Suchsen, die hübsche Soubrette trillert schelmisch das neueste Komplet, und neben ihr steht ein schlanke, schönes Mädchen und quält ein wenig besungen in das bunte Treiben.

„Da ha“, lacht Suchsen, „sie ist noch neu, die kleine Koufne — war noch nie dabei. Pub, wenn das die gestrenge Fante müßte — die glaubt, das unschuldige Mädchen läge bei mir im warmen Nest, nicht wahr, Therese?“

Und Therese erröthet, als sie dem forschenden Blick Günther's begegnet.

Wollen Sie mit mir anstoßen, Fräulein Suchsen?“ fragt Günther; und der Schaumwein perlt im Glase; doch die wendet ihm schmolend den weißen Rücken, weil er ihr Komplet abgemacht genannt, und der Maler mit den lustigen, braunen Augen zieht sie lachend davon.

„Ich will — ja“, sagt eine einschmeichelnd weiche Stimme, da giebt's einen guten Klang.“

Und Günther blickt in die schillernden Augen und legt den Arm um die weichen Schultern Therese's:

„Es lebe die Liebe!“ ruft er und die Gläser klingen schrill an einander.

„Ach, es liegt eine Welt zwischen damals und jetzt —“ Günther's Augen suchen Ho, leidenschaftlich jählich, unruhig verlangend.

heute als morgen zusammenstürzen, wenn sie nur wieder ihren Bismarck hätten, der sie mit Ruderboot und Peitsche dresiren könnte. Eine häßlichere Partei hat es noch nie gegeben. —

Im sächsischen Landtag wurde gestern der Antrag der Sozialdemokraten auf Abschaffung der Getreidezölle verhandelt. Die agrarische Majorität, welche für sich keine Hände ins Feld zu führen hatte, beantragte sofort, nachdem einer der Antragsteller gesprochen, den Schluß der Debatte, der auch mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde. Damit waren die Herren Agrarier nun allerdings einer unangenehmen Debatte aus dem Wege gegangen, allein ihre Niederlage hatten sie doch weg, denn in ihrem Vorzuge lag das Eingeständniß, daß sie die Getreidezölle in ehrlichem Redekampf nicht verteidigen konnten. Uebrigens waren die Herren sehr gedrückt: daß ihr Chef Bismarck sie so schmachlich im Stich gelassen hat, ist ihnen arg in die Glieder gefahren.

Bezeichnender Weise wurde die Erklärung der Konservativen, daß sie eine Debatte für nicht angebracht hielten, von einem Nationalliberalen abgegeben, der zu gleicher Zeit im Namen seiner eigenen Fraktion sprach. Auch die „Kammerfortschrittler“ schlossen sich dieser Erklärung an — ihr Sprecher betonte aber seine platonische Liebe zu dem sozialdemokratischen Antrag. Einen Antrag für unangebracht erklären, den man im Prinzip für durchaus richtig hält, — das ist echt kammerfortschrittlich. Die neue Taktik der Konservativen hat beiläufig zum Theil in persönlichen Rücksichten ihren Ursprung. Es ist ihnen nämlich in dem Schwiegersohne des Herrn Ackermann, dem jugendlichen Herrn Wehnert, ein enfant terrible erwachsen, das bisher bei allen Debatten mit Sozialdemokraten in nover Selbstüberschätzung Kollisionen herbeiführte, die ihm selber stets verderblich wurden, und seiner Partei, welche die Kosten bezahlen mußte, zum schwersten Nachtheil gereichten. Obgleich nun das Herrchen seine parlamentarischen Thaten in der „Kreuz-Zeitung“ und in dem berühmten „Vaterland“ des Herrn Friesen höchst eigenhändig als homerische Schlachten, und sich selber, in unverfälschtem Falstaffstil als den Helden dieser homerischen Schlachten schildert, so ziehen die Herren Konservativen, die den Schwiegersohn des Herrn Ackermann nicht „abschütten“ können, wie die bösen Sozialdemokraten dies gethan haben, — so ziehen die Konservativen es vor, lieber einem Kampf auszuweichen — nur damit sie nicht durch das unglückliche Kornidol, das immer anfängt, wiederum in schweres Leid gebracht werden. —

Dresden, 15. Dezember. Im Laufe des gestrigen Tages sind hier mehrere Verhaftungen vorgenommen worden, die allem Anscheine nach mit der neulich gemeldeten Entdeckung einer „geheimen“ Buchdruckerei zusammenhängen. Was in Wirklichkeit vorliegt, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen — aus gewissen Aeußerungen und sonstigen Umständen läßt sich aber mit ziemlicher Gewißheit vermuthen, daß die Polizei an die Existenz einer geheimen Organisation glaubt, vermittelst deren verbotene Schriften hergestellt und verbreitet werden sollen — und daß sie aus post festum einen Geheimbundsprozeß, nach den bekannten Mustern aus sozialistengesellschaftlicher Zeit, präsentieren zu können hofft. Unzweifelhaft wird nach Vorkommnissen, die noch unter die Herrschaft des Sozialistengesetzes fallen, geforscht. Sollte die Polizei auch Vorkommnisse neueren Datums im Auge haben, so könnten es doch höchstens vereinzelte Handlungen sein, da von geheimer Organisation oder geheim organisirtem gemeinsamem Handeln nach Erlöschen des Sozialistengesetzes unmöglich die Rede sein kann. Rehnlich wie in Breslau scheint das Vorgehen der Polizei durch müßigen Platsch hervorgerufen zu sein. —

Nachschrift. Alle Verhafteten, mit Ausnahme des Besitzers der „geheimen“ Druckerei, sind heute Abend entlassen worden. Die Polizei hatte bei Jenen einen Zettel mit verschiedenen Namen gefunden, und war auf die Vermuthung gekommen, die auf dem Zettel genannten Personen seien Kunden und „Mitschuldige“ des Besitzers der „geheimen“ Druckerei gewesen. —

Die Leipziger Stadtverordnetenwahl, welche gestern stattfand, hat einen riesigen Stimmengewinn für die Sozial-

Doktor Wirtelbier hat nämlich seine „lätzten“ dünnen Beine so lang wie möglich neben dem großen Schafmeister aufgedrückt, sein spitzes, rothes Näschen möglichst in die Höhe gesteckt — (ich glaube sogar, er hat durch irgend eine Hererei den hohen Zylinder, unter dem die paar schlichten, blonden Haare so salbungsvoll hervorgucken, noch höher gemacht, um größer anzusehen) und unterhielt sich herablassend freundlich über das morgige Wetter. Die Schafmeister nämlich wissen besser vom Wetter Bescheid, als unser Herrgott und auch „use Schafmeister“ giebt einen Spruch voll unbewusster Weisheit ab: Er schiebt die altgraue Pelzmütze von einem Ohr zum andern, spuckt energisch sein „Princhen“ aus und sagt mit geheimnißvoll gedämpfter Stimme, indem er den blauen Himmel mit den weißen Wölkchen schräg von der Seite anguckt:

„Raua sin, det et regnet — kann oof sin, det et nich regnet.“

Nun aber drängt sich der bewußte dicke Hammel wieder heran, weil ihn einer seiner Genossen tüchtig geknufft hat — so etwas passiert ja manchmal. — Doktor Wirtelbier ist ganz gerührt:

„Ach, der arme Hammel! Er hat seine Heimath verloren. Fräulein Therese, sehen Sie mal, wie niedlich! Weiter kommt er nicht. Ja, mein lieber Herr Doktor, solch abelangebrachtes Mitleid zieht bei einem Hammel nicht. Was kümmert den Ihr liebevolles Kranten in seinem Hauptthor — Sie sind blos Doktor, keine schafmeisterliche Autorität —

„Oh“, sagt auch Doktor Wirtelbier und fliegt zurück. Ein wohlgeleiteter Stoß auf den Magen ist die wirkungsvollste Ursache. Er fällt in ein paar ausgestreckte Arme. Sie sind so weich, das kann meine Frau nicht sein, denkt Doktor Wirtelbier und fällt schnell noch ein bißchen mehr gegen einen vollen Busen.

(Fortsetzung folgt.)

demokratie ergeben. Des Vergleichs halber drucken wir das vorjährige Resultat nachstehend mit ab:

1890:	2338	1752	4537	2700
			7937	
1891:	4308	1750		7550

Während also die Sozialdemokratie einen Stimmengewinn von 85 pCt. zu verzeichnen hat, ist die Stimmenzahl der Kartellparteien beinahe stabil geblieben, obwohl die letzteren fieberhafte Anstrengungen bei der Wahl machten, da sie schon in diesem Jahre einen Sieg der Sozialdemokratie befürchteten. Im Verhältnis zur abgegebenen Stimmenzahl stellt sich die Rechnung folgendermaßen: 1890 erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 20,6 pCt. der abgegebenen Stimmen, 1891 dagegen 31,9 pCt., das ist 11,3 pCt. absoluter, mithin 55 pCt. relativer Zuwachs. Zur vollen Würdigung des für unsere Leipziger Genossen so ehrenvollen Resultates sei noch folgendes über die Leipziger Verhältnisse bemerkt: Unsere Genossen traten im Vorjahre, als bereits ein Teil der Vororte der alten Stadt einverleibt war, zum ersten Mal in die Stadtverordneten-Wahlen ein. In diesem Jahre wurde nun die Einverleibung der übrigen Vororte, wo die Sozialdemokratie in starker Ueberzahl vertreten ist, vollzogen. Durch diese Einverleibung stieg die Zahl der wahlberechtigten Bürger jedoch nur auf ca. 21 000, da die meisten Arbeiter das Bürgerrecht noch nicht erworben haben, während der neue Bezirk circa 50-60 000 Reichstags-Wähler zählt. Die meisten der Arbeiter wären zwar, da sie die Dreimarck-Steuer bezahlen, im Stande, das Bürgerrecht zu erwerben, die Mehrzahl hat es jedoch noch nicht gethan. Thut sie es, so bekommt Leipzig die „Bismarckstadt“, ein sozialdemokratisches Stadtverordneten-Kollegium. Denn da von den „Ordnungsbrüdern“ das Listen-Wahl-System — natürlich um die Möglichkeit auszuschließen, daß ein Gegner des vetterischen Stadtrechts gewählt werde — eingeführt worden ist, wird durch die obliegende Partei die andere vollständig verdrängt. Siegt bei einer der kommenden Wahlen die Sozialdemokratie, so ist John gegen Eins zu wetten, daß die Kartellbrüder das Listenwahl-System durch das System der Bezirkswahlen ersetzen werden, um dadurch wenigstens die für sie günstigeren Bezirke der inneren Stadt zu retten. Gabe es jetzt schon Bezirkswahlen, wie z. B. in Berlin, so hätte die Sozialdemokratie ganz sicher eine Anzahl Bezirke erobert. Doch einerlei, nach dem vorliegenden Wahlergebnis steht fest, daß Leipzig durch die Sozialdemokratie erobert werden wird. Ob dieser Sieg im nächsten Jahre schon uns zufällt, hängt von der Thätigkeit der Genossen ab, denen die Pflicht obliegt, unermüdet, das ganze Jahr hindurch, die Arbeiter anzuhalten, daß sie das Bürgerrecht erwerben. Geschicht dies — dann, stolzes Leipzig, theilt Du das Schicksal Deines Abgottes Bismarck, Du unterliegst der Sozialdemokratie!

Bei der Reichstags-Verfassungswahl in Bayern für den verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Feustel ist nach den bis jetzt bekannten Resultaten die Wahl des Nationalliberalen Casselmann sicher. Bei den allgemeinen Wahlen 1891 kam es zwischen dem nationalliberalen und dem freisinnigen Kandidaten zur Stichwahl. Diesmal hat sich die Zahl für den letzteren so verringert, daß, obwohl die Stimmenzahl der Sozialdemokraten sich um mehr als die Hälfte erhöhte, der Nationalliberale schon im ersten Wahlgange siegte.

Zur Lage in Rußland schreibt der konservative „Hamburger Korrespondent“ an leitender Stelle: Es steht fest, daß einzelne Provinzen, wie Wladimir und Kasan, zu Schauplätzen bedenklicher Unruhestörungen geworden sind, und daß die Bedenken sich vielfach außer Stande gezeigt haben, der einwirkenden Anarchie zu steuern. Der erlassenen Ausfuhrverbote wegen stockt der Handel fast vollständig. Von einer in Betracht kommenden Einfuhr kann unter den gegenwärtigen Umständen nicht die Rede sein. Während die größeren Häuser sich zur Unthätigkeit verurtheilt sehen, stehen zahlreiche kleinere Geschäftsleute vor dem Bankrott. Wohin man sieht, herrschen Verlegenheiten und Störungen, die der Natur der Sache nach in unaufhaltbarer Zunahme begriffen sind und ihren Höhepunkt voraussichtlich erst um die Mitte des nächsten Jahres erreicht haben werden. Es wird eine Reaktion der Volkstimmung eintreten, wie sie seit dem Jahre 1856 in gleicher Stärke nicht mehr erlebt worden ist.

Das französische Arbeiter-Sekretariat — so schreibt man uns aus Paris — wird sich im nächsten Monat definitiv konstituieren und damit einer der wichtigsten und zugleich praktischsten Beschlüsse des Brüsseler internationalen Sozialistenkongresses zur Durchführung gebracht sein. Und das ist um so verdienstvoller, als es bei den vielen Fraktionen und der Verschiedenheit der Arbeitergruppierungen es keine leichte Aufgabe war, zu einer Verständigung zu kommen. Wenn diese in einer verhältnismäßig kurzen Zeit dennoch erzielt wurde, so ist dies ein Zeichen, daß alle Fraktionen und Gruppen die Bedeutung und Tragweite dieser Institution gleichmäßig erkennen, ihre Sondervereinigungen dem allgemeinen Ganzen unterordnen.

Das Sekretariat wird aus den Delegirten folgender Organisationen bestehen: 1. Bund der französischen Arbeitervereine; 2. Nationalbund der französischen Arbeitersyndikate und Korporationen Gruppen; 3. Revolutionäres Zentral-Komitee (Blanquisten); 4. Sozialrevolutionäre Arbeiterpartei (Allemanisten); 5. Sozialistischer Arbeiterbund Frankreichs (Broussisten); 6. Arbeiterpartei (Marxisten); 7. Bund der unabhängigen Sozialistengruppen. Außerdem wird sich auch noch jeder Gewerkschaftsbund, der mindestens fünfzehn (fünf) Monate besteht, vertreten lassen können.

Der Bund der Arbeitervereine besitzt das Recht, vier Vertreter für das Sekretariat zu nominieren, die sechs übrigen Organisationen je zwei Vertreter und jeder Gewerkschaftsbund einen Vertreter. Die Art ihrer Ernennung sowie die Dauer ihres Mandats bleibt den einzelnen Organisationen vorbehalten und hat das Sekretariat nur die Möglichkeit der Mandate zu prüfen.

Der Sitz des Sekretariats wird sich in der Pariser

Arbeitsbörse befinden, wo es, bringende Fälle ausgenommen, zweimal im Monate zu Beratungen zusammentreten wird. Einzelne Delegirte der verschiedenen Organisationen werden überdies abwechselungsweise jeden Abend zwei Stunden anwesend und zu sprechen sein.

Die einzelnen Gruppen werden mit dem Sekretär derjenigen Organisation zu korrespondieren haben, der sie angehören; nicht vertretenen Körperschaften steht die Wahl, mit welchem Sekretär sie korrespondieren wollen, frei. Die Sitzungsprotokolle werden abwechselnd von den einzelnen Delegirten geführt werden und der jeweilige Sekretär wird die auswärtigen Korrespondenzen zu zeichnen haben. Die Tagesordnungen sowie Beschlüsse des Sekretariats werden in dem offiziellen Organ der Arbeitsbörse „Bulletin de la Bourse du Travail“, veröffentlicht werden. Ueberdies werden sie den offiziellen Organen der vertretenen Organisation zur Mittheilung gebracht werden, wie sie auch der Presse im Allgemeinen zur Verfügung gestellt werden können.

Hervorzuheben ist, daß Niemand, der ein Wahlmandat ausübt, also weder ein Abgeordneter noch ein Municipalrath, Mitglied des Sekretariats sein kann.

Was seine Aufgaben anbelangt, so wird das Sekretariat, in Uebereinstimmung mit dem Brüsseler Kongresse, alle Nachrichten, statistische Mittheilungen u. s. w., welche die Arbeiterfrage betreffen und für die Organisation und Thätigkeit der Arbeiterklasse von Interesse sind, zentralisieren und, wenn hierfür geeignet, publizieren, sowie mit den Arbeitersekretariaten der übrigen Länder in regelmäßige Korrespondenz treten. Schließlich sei noch erwähnt, daß die aus dieser Thätigkeit entspringenden Kosten von den einzelnen, im Sekretariat vertretenen Organisationen zu decken sind, die im Minimum einen monatlichen Beitrag von 10 Frks. zu leisten haben, sowie durch sonstige vom Sekretariat zu bestimmende oder gestattete Einkünfte.

Mit dem ins Leben rufen dieser Institution wird wohl die auf dem Brüsseler Kongresse begonnene Einigung der verschiedenen sozialistischen Fraktionen Frankreichs zu einer vollendeten Thatsache werden und damit auch das Band, das sie mit den sozialistischen Parteien der übrigen Länder verbindet, zu einem innigeren werden. Dies allein bildet schon einen wesentlichen Grund, die Bildung dieses Sekretariats aufs herzlichste zu begrüßen.

Die Bourgeoisblätter sind natürlich weniger hiervon erfreut. So schreibt das „Journal des Debats“ mit Hinweis auf die Bildung des Sekretariats: „Wir werden wahrscheinlich bald Gelegenheit haben, uns damit zu beschäftigen; es ist aber wichtig, schon heute die sehr ernste Seite zu signalisieren, welche die Rekonstitution der Internationalen in der Gestalt eines Bundes aller Arbeitersekretariate der Arbeiterwelt darbietet.“ Es ist dies eine leicht erkennbare, aber immerhin versteckte Denunziation. Die „Liberté“, die von allen Freiheiten nur für die Freiheit der Ausbeutung schwärmt, tritt offener auf. „Ist diese offizielle Rekonstitution der Internationale,“ ruft sie, „nicht eine offenbare Verletzung des Gesetzes, das diese revolutionäre Assoziation verbietet und bestraft? Und darf es geduldet werden, daß man dieses Sekretariat in der Arbeitsbörse installirt, wodurch es gewissermaßen sanktionirt wird? Wir stellen diese Fragen an diejenigen, vor welche sie von rechtswegen gehören.“ Nun, die französischen Sozialisten lassen sich in ihrem Gange ebensovienig von dem Gesetze gegen die Internationale aufhalten, als sich die deutschen Sozialisten von dem Sozialistengesetze hiervon abhalten lassen, und mögen die Zeitungsgeschwister auch noch so sehr gegen sie poltern und toben.

Mit Bezug auf China hatten wir Recht: Die Nachricht von der „vollständigen Vernichtung“ des Aufstandes hat sich als falsch erwiesen. Wohl ist ein kleiner Insurgentenhäufchen umzingelt und so ziemlich bis auf den letzten Mann niedergemetzelt worden, allein von verschiedenen Seiten wird das Aufstehen neuer Scharen von Aufständischen gemeldet, und es kann jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen, daß das Volk sich in verschiedenen Provinzen des ungeheuren Reiches erhoben hat und daß die Erhebung sich fortwährend ausdehnt. Ueber das Ziel des Aufstandes gehen die Mittheilungen auseinander. Nach den einen handelt es sich um die Wiedererrichtung der alten mongolischen Dynastie, die im 17. Jahrhundert verdrängt wurde, nach den anderen hätte die Bewegung einen republikanischen Charakter, und wäre es auf Gründung eines Bundes von Freistaaten abgesehen. Jedenfalls ist China in einer inneren Krise begriffen, deren Ausgang und Folgen unabsehbar sind.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Die Spenger Landfriedensbruch-Affäre wird demnächst vor der Strafkammer des Wieseler Landgerichts zur Verhandlung kommen. Nachdem weder gegen die zur Anzeige gedachten Landfriedensbrecher noch gegen die in Spenges thätig gewesenen Genossen mit einer Anklage vorgegangen werden, hat nunmehr der Redakteur Groth der sozialdemokratischen „Volkswacht“ eine Anklageschrift zugesandt bekommen, laut welcher er durch den Bericht über die Spenger Angelegenheit die Genossen und den Amtmann zu Spenges beleidigt haben soll. Redakteur Groth ist entschlossen, für jede in dem betreffenden Artikel ausgesprochene thätliche Behauptung den Beweis der Wahrheit zu erbringen, so daß in der bevorstehenden Gerichtsverhandlung eine umfangreiche Zahl von Zeugen auftreten dürfte.

Wahlfrage. In Bernau in der Mark erhielten bei der Stadtverordneten-Stichwahl unsere Parteigenossen Gory und Schöder je 174 Stimmen, die Kompromiß-Kandidaten Streblow und Seidel 108 Stimmen. Jeder die drei ersten wurde das Loos gezogen, dasselbe entschied für den Sozialdemokraten Gory und den Kompromiß-Kandidaten Streblow. — In Lehe wurde bei den Bürgerwähler-Wahlen Genosse Budih mit 281 von 316 abgegebenen Stimmen gewählt. — In Pöschwitz bei Dresden wurden in der Klasse der Umanstigen Steuern meh. D. Stieglitz und Schloffer D. Geyer mit 129 bezw. 126 Stimmen in den Gemeinderath gewählt, während die Gegenkandidaten es im Maximum nur auf 62 Stimmen brachten. Der Schuldirektor mußte sich sogar mit ganzen 5 Stimmen begnügen. In der Klasse der Unfähigen (Grundbesitzer) brachten es unsere Parteigenossen zu einer respectable Stimmenzahl. — In Lichtein (Saasen) wurden sämtliche fünf Kandidaten der Sozialdemokratie, in Stollberg vier Parteigenossen in das Stadtverordneten-Kollegium gewählt. In letzteren Orte konnten die vereinigten Kandidaten nur zwei ihrer Gegner durchbringen.

Eine Volkerverammlung, welche am 18. Dezember in Osekemünde tagte, nahm nach einem Referate unseres

Parteigenossen J. S. Schmalzfeld aus Stade einstimmig eine Resolution an, in welcher sie das Nichterscheinen Bismarck's im Reichstage mißbilligt und die Erwartung ausdrückt, daß derselbe sein Mandat niederlegen und dadurch den Wählern Gelegenheit geben werde, einen Reichstags-Abgeordneten zu wählen, der seiner Pflicht eingedenk ist und dieselbe auch ausübt.

Der Abgeordnete Bismarck war zu dieser Versammlung brieflich eingeladen worden, aber nicht erschienen.

In Dortmund wurde am 6. Dezember der Parteitag der westfälischen Sozialdemokratie unter Theilnahme von 57 Delegirten abgehalten, welche 45 Orte und 11 Wahlkreise vertraten. Derselbe faßte folgende Beschlüsse: Um Konkurrenzverhältnisse zu verhüten soll in keinem Orte, abgesehen von Wochenblättern, mehr als ein Parteiblatt botenmäßig verbreitet werden; über die Wahl des Blattes entscheidet eine öffentliche Parteiverammlung; in Wahlkreisen, wo ein der Partei gebührendes Blatt besteht, kann jedoch nur dieses in Betracht kommen. Jedem Parteiblatt ist eine mindestens dreigliedrige Press-Kontrollkommission zuzuordnen, welche vor allen Dingen die materiellen Verhältnisse des Blattes zu überwachen und darüber jährlich mindestens einmal den Parteigenossen Bericht zu erstatten hat. Parteiblätter, welche z. B. von Privatleuten herausgegeben worden, haben bis zum 1. Januar eine Erklärung des Inhalts zu bringen, daß sich deren Besitzer jederzeit der Kontrolle ihres Blattes durch die Press-Kontrollkommission unterziehen. Andernfalls werden diese Blätter nicht mehr als Partei-Organ anerkannt. Zur Schaffung einer geordneten und wirksamen Agitation zur Förderung der sozialdemokratischen Bewegung in Westfalen, Lippe-Deumold, Schaumburg-Lippe und Waldeck wird in Dortmund ein Agitationsbureau eingerichtet und dessen Verwaltung von den Dortmunder Parteigenossen einem Genossen übertragen, demselben auch ein Stellvertreter beigegeben. Beide Posten sind mit den Genossen Dr. Diederich und Tölde besetzt. Das Agitationsbureau hat für die Orte, wo Versammlungen stattfinden sollen, auf Verlangen Redner zu beschaffen. Die Parteigenossen dieser Orte haben dem Redner Eisenbahnfahrzettel 3. Klasse und mindestens 5 M. pro Tag für Verköstigung und Heizung zu gewähren. Die Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Dortmund haben alle 3 Monate die Geschäftsführung des Agitationsbureaus zu kontrollieren und das Ergebnis durch die Presse zu veröffentlichen. In Lippe wird ein ständiger Leiter der Agitation stationirt, welchen die Parteigenossen geschäftlich unterstützen werden. In Bielefeld, Gelsenkirchen und Dortmund werden Haupt-Sammelstellen für geleseene Parteizeitungen errichtet. Das Agitationskomitee hat durch die Vertheilung der „Gazeta Robotnica“ die polnischen Arbeiter für unsere Bewegung zu interessieren. Den freireisenden Buchdruckern sprach der Parteitag seine volle Sympathie aus und machte es den Delegirten zur Aufgabe, in ihrer Heimat energisch für deren Unterstützung einzutreten. Um die Frauen mehr und mehr für die Sozialdemokratie zu gewinnen, sollen überall, wo die Verhältnisse es gestatten, Volkerversammlungen abgehalten werden, deren Tagesordnung auch von wesentlicher Interesse für die weibliche Bevölkerung ist; in Dortmund ist damit der Anfang zu machen. Gegenüber der Absicht der Regierung, die Prostitution zu lasern, erklärte der Parteitag: Wenn die heutige Gesellschaftsordnung nicht ohne Prostitution bestehen kann, so hat das Proletariat ein lebhaftes Interesse daran, daß die Kasernen der Prostitution nicht in die Arbeiterviertel verlegt, sondern in denjenigen Straßenzügen errichtet werden, in denen die Bourgeoisie wohnt, welche derartige Kasernen für nöthig hält. Das Bureau des Parteitages wurde beauftragt, von dieser Erklärung der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion Mittheilung zu machen. Zur Unterfuchung der gegen Berlinger der „Gelsenkirchener Arbeiterstimme“, J. e. u. p., erhobenen Beschwerden war eine Kommission niedergesetzt worden. Dieselbe bestand aus je einem Delegirten von Lünen, Münster, Gelsenkirchen, Bochum und Bünde und erkannte J. e. u. p. mehrfacher Verletzung der Parteinteressen für schuldig; insbesondere habe er durch die Art und Weise seiner Berichterstattung über den Erfurter Parteitag Unfrieden zwischen den Parteigenossen von Bitten und Gelsenkirchen gestiftet und den Parteigenossen Thun in öffentlicher Versammlung sowohl wie in seiner Zeitung verleumdet. Der Parteitag nahm dieses Urtheil zur Kenntnis und erpartete, daß, wenn J. e. u. p. wirklich auf sozialdemokratischen Standpunkt siehe, er sich der Forderung des Parteitages in Bezug auf die Kontrolle der Parteipresse fügen wird. Mit allen gegen die Stimme J. e. u. p. wurde dann eine Resolution angenommen, in welcher sich der Parteitag mit der Haltung J. e. u. p. auf dem Erfurter Parteitag nicht einverstanden, sondern zu den Beschlüssen des Parteitages seine volle Zustimmung erklärt und unentwegt unter der bisherigen Taktik fortzukämpfen verspricht. Nach einigen fernigen Worten des Genossen Tölde schloß der Parteitag, welcher der erste war, den unsere Partei in Westfalen abgehalten hat. Mit dem Gesange der Arbeiter-Marschallie gingen die Delegirten auseinander.

Zustimmungserklärungen zu den Erfurter Beschlüssen sahen Versammlungen in Freiberg, Bursfelde.

In Emmendingen findet nächsten Sonntag eine Konferenz der Sozialdemokraten des 5. badischen Reichstagswahlkreises statt, welche über die Punkte Organisation und Agitation verhandeln wird.

In den Landbezirken des Reichstags-Wahlkreises Poldam-Osthavelland wurden am Sonntag 50 000 Flugblätter durch unsere Parteigenossen verbreitet. Die Verbreiter waren genügend legitimirt, indem blieben sie trotzdem von Belästigungen nicht verschont. Besonders wird in einer uns zugegangenen Zuschrift über das Verhalten des Amtsvorgesenden Schütz in Batsch Beschwerde geführt. Unsere Parteigenossen können die Aufstellungen natürlich nicht abhalten, der Landbesitzerung nach wie vor Schritte zuzuleiten, durch welche dieselbe die Wahrheit über die Uebel der heutigen Gesellschaft erzählt.

Todtenliste der Partei. In München wurde am Sonntag der Währige Schachmayer Wilhelm Pöplin unter großer Theilnahme der Parteigenossen zur Erde bestattet.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Zellerksammlungen in öffentlichen politischen Versammlungen sind nach einem gegen den Kaufmann Priebitz in Weithin ergangenen Urtheil des Kammergerichts in Preußen gesetzlich gestattet, wenn sie zur Bedeckung der Unkosten der Versammlungen veranfaßt werden.

— Das Aushängen von politischen Zeitungen in den Schaufenstern der Expeditionen bedarf seiner politischen Erlaubnis. So hat das Kammergericht entschieden, indem es eine Verurteilung der „Volkstheilung“ wieder aufhob, welche von der Strafkammer in Berlin erfolgt war, weil angeblich das Aushängen des politischen Theils einer Zeitung dem Ansehen eines Plakats gleichbedeutend sei und damit der polizeilichen Genehmigung bedürfe.

— In Halle wurden am 10. September in der Expedition des „Volkstheilung“ 24 Exemplare des sozialdemokratischen „Volkstheilung“ beschlagnahmt. Wie der Expedition jetzt mitgetheilt wurde, ist die Beschlagnahme durch Beschluß des Amtsgerichts I in Berlin bestätigt und das Verbot auf Einziehung des Verdicts beim Landgericht I in Berlin anhängig gemacht, welches am 22. Januar über die Angelegenheit entscheiden wird.

Theater.

Donnerstag, den 16. Dez.
 Opernhaus, Fidelio.
 Schauspielhaus, Die Waise, Herrn Kandel's Gordinenpredigten.
 Deutsches Theater, Der Kompanon.
 Berliner Theater, Der Hüttenbesitzer.
 Festsing-Theater, Die Großstadtluft.
 Residenz-Theater, Madame Mongodin.
 Wallner-Theater, Immer zerstreut! Hanni weint — Hanni lacht.
 Friedrich-Wilhelmstädt. Theater, Der Zigeunerbaron.
 Thomas-Theater, Fliegende Blätter.
 Grand-Theater, Zimmermanns Lene.
 Bellealliance-Theater, Der Rattenfänger von Hameln.
 Adolph Ernst-Theater, Der große Prophet.
 Alexandervplatz-Theater, Schwarze Brüder.
 Feenpalast, Spezialitäten-Vorstellung.
 Gebrüder Richter's Variété, Spezialitäten-Vorstellung.
 Theater der Reichshallen, Spezialitäten-Vorstellung.
 Winter-Garten, Spezialitäten-Vorstellung.
 Konkordia-Palast-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
 Kaufmann's Variété, Spezialitäten-Vorstellung.
 Eisbühnen, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftritten der
Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Kompletanfänger.
 Anfangsabend 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Entree: Wochenabts 10 Pf., Sonntag 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-
 tisch à la Duval, 8 Regelbahnen
 6 Billards, 2 Sals. 1169L

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungsmusik.
 Direktion J. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Kaschant von Pagenhofer
 Export-Bier, Seibel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Prinzeß Pauline,
 die lebende Puppe in
Castan's Panopticum
 ohne
Extra-Entree.
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 165, Ecke Behrenstr.
Viele Neuheiten!
 Castan's Irrgarten.
 Schreckens-Kammer.
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum
 im Theater-Saal:
Ein Weihnachts-Märchen
 von Dr. J. Lohmeyer.
 Musik v. Th. Krause.
 Ohne Extra-Entree.

Präuscher's anatomisches MUSEUM

Kommandantenstr. 80-81.
 tagl. von früh 9 b. 10. 10
Biel Nenes
 für erwachs. Herren.
 Dienstag u. Freitag: Damentag.
 Entree 50 Pf., Militär 25 Pf. [1421L

Rum, Punsch, Glühwein, Champ., Fl. 1,50 M., sowie meine beliebten Spirituosen und Weine bringe hiermit meinen geehrten Abnehmern in Erinnerung. Franz Boyer, Prinzeßinnenstr. 15. 1642L

Vereinzimmer bis 50 Pers. zu verg. Pflanz, Simeonstr. 23.
Vereinzimmer 554b mit Piano, auch zum Arbeitsnachweis od. als Krankenloft-Zubehörs geeignet, ist zu vergeben Kottbusser Ufer 62.

Empfehle mein Weis- u. Bairisch-
 Bier-Kolal, sowie Vereinzimmer
 mit Pianino. Fritz Engelhardt,
 Friedenstraße 73. 559b

Meyers oder Brockhaus Lexikon
 suche zu kaufen. 425b
 A. Sauer, Rüdersdorferstr. 36.

Circus Renz.

Karlstraße.
 Donnerstag, den 17. Dezember 1891.
 Abends 7 1/2 Uhr: „Auf Feigoland“ über: Ebbs und Fluth.
 Große hydrologische Ausstattungs-
 Pantomime in 2 Abteilungen mit
 National-Tänzen (60 Damen), Auf-
 zügen u. s. w. Dampf- und Boot-
 fahrten, Wasserfällen, Rioson-Fontainen
 mit allerlei Lichteffekten, ar. arrangirt
 und inszenirt vom Direktor E. Renz.
 Kunstschwimmerinnen 3 Geschw. John-
 son. Schlusstableau: Grands Fontaine
 Lumineuse. Außerdem: Bal u. Concert
 hippique von 8 Schimmelhengsten,
 dressirt und vorgeführt von Herrn Franz
 Renz. Schulsport „Cyb“, geritten von
 Herrn Gaberol. „Johanniter“, geritten
 von Fel Oceana Renz. Orientalisches
 Wanderv. geritten von 16 Damen.
 Sisters Lawrence am fliegenden Trapez.
 Eine Vergnügungsfahrt in verschiedenen
 Hindernissen von der Elton-Troupe.
 Auftreten der Reitschülerinnen Fris,
 Natalis u. Adele, sowie der Reitschüler
 Herren Alex. Briatore, Julos und Adolf
 Dolbosz zc. Komische Entrees von
 sämtlichen Clowns.
 Täglich: „Auf Feigoland.“
 Sonntag 2 Vorstellungen.
 E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstr.
 Donnerstag, den 17. Dezember 1891.
 Abends 7 1/2 Uhr: **Große Brillant-
 Vorstellung.** Besonders hervorzu-
 heben: Nur noch kurze Zeit. Gastspiel
 der weltberühmten Zwerg-Truppe
 (Münchens), genannt die Kolibris, die
 sieben kleinsten Menschen der Welt.
 (8 Damen und 4 Herren.) Täglich ab-
 wechselndes Programm, bestehend in
 Gesangs- und musikalischen Vorträgen,
 Pantomimen und Pferdebesessur. Schul-
 Quadrille geritten von 4 Herren. Dr.
 Manzoni, Saltomortakreiter. Potpourri
 mit 6 Pferden, Original-Dressur des
 Herrn Ernst Schumann. Mit Edith
 Adams und Adele Hodgini, Parforce-
 Reiterinnen. Doppel-Parforce-Arbeit
 der Herren Victor Bodini und Hesse.
 „Tribus“, asiatische Kasse, als Spring-
 pferd vorgeführt vom Direktor. —
 Komische Entrees sämtlicher Clowns.
 Zum Schluss der Vorstellung: Circus
 unter Wasser. „Eine Nacht in
 Venedig.“ Gr. komische Original-
 Wasser-Pantomime mit sensationellen
 Licht- und Wassereffekten. Großer
 Wasserfall. Niesen-Fontäne, 3 Wasser-
 speiende Nilpferde. Großer Kranz um
 die Manege mit ca. 900 Wasserstrahlen
 (großartiger Effekt) zc.
 Morgen: Große Vorstellung. Neues
 Programm. Gastspiel der Zwerg-Truppe.
 Circus unter Wasser. Sonntag: Zwei
 Vorstellungen. Nachm. 3/4 Uhr (1 Kind
 frei) und Abends 7 1/2 Uhr. Zweimal
 Gastspiel der Zwerg-Truppe. Zweimal
 Circus unter Wasser.

Freie Vereinigung der Seifenfieber u. Berufsgen.

Sonntag, den 20. Dezember, Vor-
 mittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn
 Scheffer, Inselstr. 10:
Mitgliederversammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Ge-
 nossen Otto Thierbach. 2. Diskussion.
 3. Entrichtung der Monatsbeiträge.
 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Ver-
 schiedenes. Es ist Pflicht der Mit-
 glieder, pünktlich und zahlreich zu er-
 scheinen. Gäste willkommen.
 202/16 Der Vorstand.

Den Parteigenossen der Provinz
 Brandenburg zur Nachricht, daß
 ich dem Genossen Hans Baake, Dres-
 denerstr. 62/63 (City-Passage),
 den Klein-Engros-Vertrieb für Berlin
 und die Provinz Brandenburg
 meines immerwährenden
 (Amkech)-Kalenders
 übertrage habe. Ich bitte, mich in
 meinem Unternehmen zu unterstützen,
 da ein Teil des Verdienstes der Parteikasse
 zufließt. Kolporteur erh. hohen Rabatt.
 Köhlschensbroda, im Dezember 1891.
 564b **Eduard Lehmann.**

Sonnabend, 19. Dezember, 1/2 Uhr,
 Adalbertstr. 51:
21. Bücher-Verloosung
 zum Besten des Fichte-Kindergartens.
 Der vierte Teil der Loosie gewinnt.
 Loos 50 Pf. — Schriften von Goethe,
 Schiller, Lessing, Körner, Hauff,
 v. Moltke, Senau, Vog. Heyle, Fontane,
 Koblenz, Werder u. A. Jugendschriften
 und Bilderbücher. 427M

Als Weihnachtsgeschenk passend
 empfehle: 555b
 „Die Jugend“ von Bruno Wille.
 Gebunden 1,50 M.
 „Siedler und Genosse.“
 Soziale Gedichte. — 65 M.
 Verlag B. Zack, Berlin O., Androastr. 63.
 Wiederverkäufern hoher Rabatt.

In meinem Verlage erschienen soeben:
 Sozialistische 563b
Neujahrs-Gratulationskarten
 à 10, 30 und 40 Pf.
 Kolporteurern bedeutender Rabatt. ■
Hans Baake,
 Dresdenerstr. 52/53, City-Passage.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 6-10.

Buchdrucker!

Heute, Donnerstag, den 17. Dezember ds. Js.,
 Abends 8 1/2 Uhr:

Allgem. Buchdrucker-Versammlung

mit Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen
 im großen Saale der „Brauerei Friedrichshain“,
 am Königsthor.

Tages-Ordnung:
 1. Situationsbericht. 2. Bericht des Herrn Döblin über
 die Erfolge in England. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer.

Freie Vereinigung der Kaufleute.

Freitag, den 18. Dezember cr., Abends 8 1/2 Uhr:
Große Versammlung
 in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
 Tagesordnung:
 1. Die Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft. Referent:
 Dr. Franz Lütgenau. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Die Mitglieder werden höf. gebeten, soweit es noch nicht geschehen ist,
 vom Stiftungsfeste abzurechnen. 177/7
 Gäste willkommen. Der Vorstand.

Spielwaaren.

Leder- und sämtliche Schreibwaaren
 Billigste Bezugsquelle empfiehlt für Vereinsbeschaffung
R. Kohlhardt, Mariannenstr. 34.
 Große Auswahl von Pensjahrskarten. ■

Das größte Brot ca. 3 1/2 Pf. für 50 Pf., ca. 4 1/4 Pf. für 60 Pf.,
 ca. 7 Pf. für 1 Mark liefern die Brotdäckereien
 Straßanderstraße 8 und Pioniersplatz 4. 1587L

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
 Die Firma besteht seit 1873.
Große Weihnachts-Messe!
 Leinen- u. Elsasser Baumwollwaaren.
 Grosses Lager
 von Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche.
 Saubere Arbeit, billige Preise.
Ausverkauf
 von Lagerbeständen für die Hälfte des bisherigen
 Verkaufspreises.
 Reste und einzelne Roben
 opottbillig.

Jede Uhr 1058L
 zu reparieren und zu reinigen kostet bei
 uns unter Garantie des Gutgehens nur
 1 M. 50 Pf. (außer Bruch). Keine
 Reparaturen billiger. Lager aller Arten
 neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf
 zu erstaunlich billigen Preisen. 42L
E. Rothert & Stolz, Uhrmacher.
 Androastr. 62, Chausseestr. 75,
 8. Geschäft: Chausseestr. 34.

Nothabak A. Goldschmidt
 Spandauerbrücke 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich
 Größte Auswahl. Garantirt
 scharf brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindl. Nothabake sind am Lager.
 A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am Hadeschen Markt. [746

Alle Freunde und Genossen mache ich
 zum bevorstehenden Weihnachts-
 fest auf mein reichhaltiges
Zigarren- u. Zigaretten-Lager
 aufmerksam. Auch befinden sich bei mir
 folgende Zahlstellen:
 I. Sozialdemokr. Wahlverein, Freie
 Volksbühne, Arbeiter-Bildungsschule,
 Genossenschafts-Bäckerei. 556b
Otto Goepel,
 Kottbusstr. 1 (Ecke Yorkstr.).

Steppdecken!!
 größte Auswahl!! am billigsten
 in Emil Lefèvres Fabrik,
 Berlin, Oranienstr. 158. [1145L
 1 Posten Schlafdecken mit kleinen
 reinen. 4, 6, 8 und 10 Mark.
Werth das Doppelte!!
 Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Weihnachtsbäume für Wiederver-
 käufer, große und kleine Posten verk.
 Königsgraben 15, nahe Zentralmarkt.

Möbel, Spiegel und
 Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 25, Hof partierte.
 Teilzahlung nach Uebereinkunft.

Teppiche!
Gardinen!
Steppdecken!
 kauft man am
billigsten
 in der Fabrik von
J. Brünn, Hakenfelder
 (Stadtbahnhof Wofe).

Den Parteigenossen empfehle mich
 zur Anfertigung eleganter Herren-
 Garderobe. **Otto Beckurts,**
 Seydlitzstr. 25, Hof 3 Tr. [359 b

Christbaum-Konfekt,
 reizende Neuheiten, nur geniesb. Waare:
 1 Kiste Inhalt ca. 430 Stück 2,50 M.
 1 270 gr. St. 3.—
Siegfried Brock, Barnimstr. 50.

Billig, billig 552b
 kauft man Königluchen und Baum-
 behang Invalidenstr. 159, n. d. Markt.

Die Restbestände d. zurückgesetzten
Teppiche
 mit kleinen Webefeldern
 verkaufe jetzt auch an Private!!
 à 5, 8, 12, 15, 25, 40-100 M.
 Gardinen, Tischdeck., Portieren etc.
 Teppich- Fabrik
Emil Lefèvre
 Berlin S., Oranienstr. 158.
 Waaren-Katalog! Reich illustriert,
 200 Seiten farb. franko.

Unserm Kollegen und Sangesbruder
Wilhelm Wittsch
 zu seinem morgigen Geburtstag ein
 bonnemendes Hoch, daß ganz Lichterfelde
 in Noth aufgeht. 557b
 Der Morgengrauen
 nebst dem Vorstand der Mitgliedschaft
 Berlin.

Am 14. d. M., Nachmittags 6 1/2 Uhr,
 entschief nach kurzen aber schweren
 Leiden meine mir unvergeßliche Frau
Kluge Sperling, geb. Leuz. Dieses
 allen meinen Freunden zur Nachricht.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 565b **Wihl. Sperling.**
 Die Beerdigung findet am Freitag,
 den 18. d. M., Nachm. 2 Uhr, von der
 Halle des alten Jacobi-Kirchhofes aus
 statt.

Meine Freunde und Parteigenossen
 bitte ich, für mich bestimmte **Buch-
 binder-Arbeiten** nach wie vor bei
 folgenden Genossen mit Angabe der
 Adressen abzugeben: Passorke, Junter-
 straße 1; Geibel, Kottbusstr. 1; G.
 Schulz, Cigarrensch., Kottbusser Platz;
 Schweitzer, Cigarrensch., Dresden-
 straße 58/54 (City-Passage); G. Tempel,
 Breslauerstr. 27; Gnadt, Brunnenstr. 38;
 Zubell, Raumnstr. 86. 1265L

Constantin Janiszewski,
 Buchbinder,
Kottbusser Damm 99, Hof part.
 Empfehle den Genossen u. Vereinen
 meine **Lafalle-Bücher** zu 5 Mark,
 68 Ctm. hoch, eigenes Fabrikat.
Jean Klemmer, Figurist,
 Berlin N., Bernauerstr. 44.

Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
 1 Mark. Garantie rein amerikanische
 Tabake. Hippentabak 2 Pf. 60 Pfg.
 1274L **H. F. Dinslage,**
 Kottbusserstr. 4, Hof part.

Schuhe und Stiefel
 mit Kontrollmarke, sowie Filzschuhe
 sämtlicher Art empfiehlt
 563b **F. Janke, Langestraße 90.**

Genosse Leue, Bürstenmacher,
 Landsbergerstr. 114.
 Empf. zum bevorst. Weihnachtsfest sein
 Bürsten-, Besen- u. Kammgeschäft.

Blauwe Maschinenbau-Anzüge in Göper
 sowie sämtl. Arbeits-Anzüge bei
Wilh. Pahr, Brunnenstr. 88e. 1708L

Echte Androasberger Ananien-
 Noller, auch Weibchen, verl. billig
Wüller, Thurnstr. 12, Hof 4 Tr.

Kinderwagen, Puppenwagen,
 größtes Lager, billigste Preise Oranien-
 strasse 3 im Korbgeschäft.

Belzwaaren!
 Einzelverkauf zu wirklichen Fabrik-
 preisen i. d. Werkstatt Stallschreiber-
 straße 14, Hof 2 Tr. 445b

Achtung! Achtung!
 Wir empfehlen die Hinds u. Scherone-
 Schlächterei des gemäßigten Genossen
Zeughofer, 10, S.O.
 1672L) **Ad. Brännig, G. Rod.**

Kinderwagen. Größtes Lager Berlin
Andreasstr. 235. P.
 Ein gut eingerichtetes und gut ge-
 legenes **Zigarren-Geschäft** ist
 Unstünde halber sofort zu verkaufen.
 Adressen erbeten im Restaurant
 Schönleinstr. 6. [1675L

Die Beleidigung, welche ich gegen die
 Frau Krause gethan haben soll, nehme
 ich hiermit zurück. **G. Werfner.** [580b

Meine im Uebereifer ausgesprochene
 Beleidigung des Herrn Harting nehme
 ich hiermit zurück und erkläre denselben
 für einen Ehrenmann. 551b
Lorenz Fischer.

Arbeitsmarkt.
 Reisender für Drucksachen gegen
 hohe Provision sofort
 gesucht. Offerten unter A. R. haupt-
 postlagernd Berlin. 558L

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

142. Sitzung vom 16. Dezember 1891, 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats v. Caprivi, v. Böttcher, v. Marschall, v. Malzahn, v. Heyden u. A.

Die zweite Beratung des österreichischen Handelsvertrages wird fortgesetzt.

Der Zoll für Hopfen wird von 20 auf 14 M. herabgesetzt.

Abg. Graf Mirbach bedauert das im Interesse der kleinen Leute, welche sich auf die Hopfenkultur gelegt haben.

Schahssekretär von Malzahn bemerkt, daß auch Oesterreich Konzeptionen auf diesem Gebiete gemacht habe.

Position 25: Wein, jetziger Zollfuß 24 M., soll folgendermaßen gesenkt werden: Wein und Most, in Fässern eingehend, 20 M.; rother Wein und Most zu rothem Wein, zum Verschnitten, unter Kontrolle 10 M.; Wein zur Cognac-Vereitigung unter Kontrolle 10 M.

Abg. Gaerle (Volkspartei) wendet sich gegen die Ermäßigung namentlich des Traubenzolles; der deutsche Markt würde zum Schaden der deutschen Weinbauer mit italienischen Trauben überflutet werden.

Abg. Weisk (Erlingen) tritt den Ausführungen des Vordruckers bei, die Ermäßigung des Zolles auf Wein in Fässern von 24 auf 20 M. würde zu ertragen sein, anders liege es aber mit den anderen Ermäßigungen.

Schon in früherer Zeit wurden in Fehlfahrten des deutschen Weinbaues italienische Trauben eingeführt, das wird jetzt natürlich viel schlimmer werden.

Redner weist darauf hin, daß die italienischen Trauben höchstens bis an den Rhein transportiert, also nur in Süddeutschland untergebracht werden können, wo bald große Keltereien entstehen, welche dem südlichen Weinbau Schaden zufügen werden.

Wenn er bedenke, daß den Württembergern diese Zollermäßigung und daneben noch die Zollherabsetzungen für industrielle Produkte, die bei ihnen besonders hergestellt werden, zu Weinachten beschert werden, dann könne er nicht annehmen, daß darüber große Freude sein werde.

Württembergischer Bundesbevollmächtigter von Moser: Wir haben in diesem Jahre eine schlechte Ernte gehabt, infolge dessen ist die Einfuhr italienischer Trauben eine erhebliche.

Wenn die Einfuhr italienischer Trauben zur Verbesserung sich empfiehlt, beim französischen Handelsvertrage von 1865 habe man ebenfalls das Schlimmste prophezeit und nachher habe sich alle Schwarzschere als grundlos erwiesen.

Abg. Pfleger (Dr., Baden) hält die Zollermäßigung für unbedenklich, man solle die deutschen Weine nicht für so schlecht halten, daß sie mit den italienischen Verschnittweinen nicht die Konkurrenz aushalten könnten.

Die Gefahr, daß eine Weinverschlechterung entstehe, liege kaum vor; Verschnitten des Weines sei keine Manufaktur.

Man müsse auch bedenken, daß der Transport der Trauben nicht ohne Risiko sei; sie könnten verderben und es entstehe auch ein gewisser Verlust dabei.

Frankreich mit seiner übermächtigen Produktion sei der Hauptkonkurrent Deutschlands; deshalb müsse man froh sein, daß die Zulassung italienischer Verschnittweine zur Verbesserung deutscher Weine möglich sei.

Abg. Dr. Duhl (natl.) stellt die Frage mit großen Bedenken gegenüber; er hält es für nicht zulässig, daß saurer Wein mit italienischen Rohweinen verschnitten werde; bisher habe man sich das nicht erlaubt.

Aber die Zulassung der Verschnittweine sei nicht so bedenklich wie die der Trauben. Das die Frachtkosten dabei in Betracht kämen, könne er nicht glauben; denn schon die Schalen hätten zum Auffärden des Weines die große Arbeit, daß dadurch die Frucht gedeckt würde.

Da die Preise in Italien sehr niedrig sind, da die Frachten sehr zurückgegangen seien, so werden die italienischen Trauben eine erhebliche Konkurrenz machen.

Die einzige Hoffnung war, daß durch den Transport die Trauben so leiden, daß man Qualitätsweine nicht verschicken kann.

Aber nach den angeführten Erwägungen schwinde auch diese Hoffnung. Denn es habe sich herausgestellt, daß Trauben in Fässern von Sizilien nach Oesterreich geschickt werden können ohne jede Gefahr.

Wenn der Vertreter von Württemberg auf den französischen Vertrag von 1865 verwiesen hat, so hat man damals die Herabsetzung des Weinzolles schmerzhaft empfunden, aber schließlich überwunden.

Jetzt werde es aber dahin kommen, daß nicht mehr Wein, sondern Trauben importiert werden und daß dann die deutschen Weine vollständig aus dem Felde geschlagen werden.

Die kleinen Winger fürchten, daß die Weinhandwerker das Kelteren deutscher Trauben vernachlässigen und aus italienische Trauben nehmen, an denen sie mehr verdienen.

Daß ein starker Verkehr zwischen den Reblandsgebieten in Oesterreich, Italien und Frankreich — denn daher können ja die Trauben kommen — eine Vermehrung der Reblandsgefahr mit sich bringt, liegt auf der Hand.

Niemals sei er, Redner, in sich bringen, liegt auf der Hand. Niemals sei er, Redner, in sich bringen, liegt auf der Hand.

Niemals sei er, Redner, in sich bringen, liegt auf der Hand. Niemals sei er, Redner, in sich bringen, liegt auf der Hand.

Niemals sei er, Redner, in sich bringen, liegt auf der Hand. Niemals sei er, Redner, in sich bringen, liegt auf der Hand.

Wenn die kleinen Produzenten selbst die Trauben aus Italien beziehen und das Verschnitten vornehmen könnten, dann wäre der Schaden nicht so groß; aber diese Arbeit wird von großen Unternehmern gemacht werden, welche den kleinen Witzern ihre Trauben abkaufen; der kleine Winger kann das Verschnitten gar nicht vornehmen, er müßte dazu Keltereien, Fässer u. s. w. haben, er müßte mit dem Verkauf warten; er will aber möglichst schnell nach der Ernte verkaufen, deshalb ist es auch nicht möglich, durch die Bildung von Genossenschaften zum Verschnitt zu helfen.

Man müßte das Weingesetz ändern und den Deklarationszwang einführen, denn sonst kommen die französischen Weine, die aus Tretern und Rosinen hergestellt sind, aber den nötigen Alkoholgehalt haben, auch als Verschnittweine über die Grenze. Alle Weine werden möglichst als Verschnittweine über die Grenze gebracht werden.

Wenn wir nicht die französische Weingesetzgebung einführen, werden wir nichts erreichen. In Frankreich hat die Veräußerung der Weine derartig zugenommen, daß 4000 Baggons Zucker verwendet worden sind. Die Weinproduzenten im Elsaß sind gegen eine Herabsetzung der Weinzölle, weil sie den Wein auf einem Boden bauen, wo Anderes nicht wächst.

Die Einfuhr italienischer Trauben mag bisher sporadisch gewesen sein, jedenfalls hoffen die Italiener jetzt auf ein gutes Geschäft. Ich kann deshalb nicht für die Verträge stimmen; die Landwirtschaft, die Weinbauer und auch die Textilindustriellen werden benachteiligt; ich hätte gern mich weiter informiert darüber, ob die Vorteile im Uebrigen so groß sind, daß die Nachteile ausgeglichen werden.

Da aber die Mehrheit dazu keine Zeit geben will, so muß ich zu meinem Bedauern gegen die Verträge stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Würkin (natl.) spricht gegen die Ermäßigung des Weinzolles; die einzige Maßregel, welche Verabreichung schaffen könnte, wäre ein streng durchgeführter Deklarationszwang, daß der Zusatz von Zucker und Wasser zum Wein, daß die Vermischung von Weiß- und Rothwein deklarirt werden müßte.

Die Deklaration haben wir auf dem Papier, aber die Rechtsprechung steht nicht dahinter. Deshalb kann die Deklaration gar nichts helfen.

Abg. Winterer (Erfasser) erklärt sich gegen die Herabsetzung des Weinzolles und bedauert, daß dieselbe von Italien mit so großem Nachdruck verfolgt werde. Die Erfasser verlangen eine entschiedene Bekämpfung der Weinsfabrikation.

Abg. Lender-Boden (Centr.): Die Bedenken der Weinbauer sind um so erster zu nehmen, als die Winger schon in den letzten Jahren ohnehin in einer schlechten Lage waren. Es liegt die Gefahr nahe, daß nicht bloß der aus den Trauben gekelterte Wein Konkurrenz macht, sondern daß auch die Mischhände noch Verwendung finden in der Kunstweinsfabrikation.

Es wird jetzt schon so viel Kunstwein hergestellt, daß dem entgegengetreten werden muß. Die Deklaration muß zur Wirklichkeit gemacht werden. Die badischen Weine sind nicht so teuer, wie man gewöhnlich sagt; der Seewein, namentlich der rothe und der Supplinger sind besser und gesünder als 90 pSt. aller Weine die in Berlin getrunken werden.

Aber alle Bedenken können wohl durch die Kontrolle beseitigt werden. Bei den Handelsverträgen dürfe man auch nicht auf einen einzelnen Punkt sehen, sondern müsse das Ganze im Auge haben. Da könne man aber sagen, daß die Verträge eine neue Aera mit sich bringen werden. (Beifall links; Zischen rechts.)

Badischer Bevollmächtigter Geh. Oberfinanzrath Scherer: Die badische Regierung hat sich nach Möglichkeit des Weinbaues angenommen; da aber nichts zu erlangen war über das in den Vertrag aufgenommenen hinaus, mußte das Allgemeine dem Einzelnen vorangestellt werden. Wir standen dabei auf demselben Standpunkte wie der Vordrucker.

Staatssekretär v. Böttcher erkennt an, daß ein Mangel in dem Nahrungsmittelgesetz vorliege, daß es von der Anschauung des Richters abhängig ist, ob ein Wein verfälscht gilt oder nicht. Die Vorlage, die schon einmal den Reichstag beschäftigt hat, hat weitere Erwägungen unterlegen, zu denen auch Sachverständige zugezogen worden sind, ist jetzt in einen neuen Entwurf zusammen gefaßt; er wird die Frage der Behandlung des Weines regeln und dabei können die Bedenken, die heute angebracht sind, berücksichtigt werden.

Abg. Mirbach erklärt sich gegen die Zollherabsetzung für Wein und bittet Herrn Bamberger, der den Weinzoll mit vertheidigt habe, ihn heute zu unterstützen.

Abg. Bamberger (Dr.): Ich habe nur den Traubenzoll vertheidigt, aber nur deshalb, weil man den Weinzoll als einen Schutz Zoll eingeführt hat; der Traubenzoll müßte dementsprechend festgesetzt werden, damit der kleinere Winger, der sofort nach der Ernte verkaufen muß, ebenso geschützt ist, wie der große Produzent. Unter der damaligen Regierung war eine gewisse Laxität nötig, wenigstens bei kleineren Fragen. Bei dem Septennat hat man auch gesagt, wir hätten aus Taktik für das Septennat stimmen müssen, um den Vorwand zur Auflösung zu nehmen. (Vizepräsident Graf Balistrem bittet diese Betrachtungen nicht zu weit auszudehnen.) Aus meinem Wahlkreise, in dem der Weinbau sehr stark vertreten ist, sind keine Beschwerden gegen diese Vertragsbestimmung mir bekannt geworden. Aber erfreulich ist es, wenn ein Gesetz über die Weindeklaration erlassen wird. Die Entrüstung darüber, daß man dem sauren Wein einen anderen Wein zusetzt, kann ich nicht begreifen. Wenn meine Wähler mich fragen sollten, weshalb die Weinbauer schlechter behandelt seien, als die Holz- und Kornproduzenten, so werde ich ihnen sagen, daß man das leicht korrigiren kann, wenn man noch andere Zollermäßigungen herbeiführt. Das kann Herr Lender auch; da die Nationalisliberalen, das Zentrum und ein Theil der Konservativen mit ihm und mir für den Vertrag stimmen werden, so werden seine Wähler ihm schon treu bleiben, denn sie werden sich doch nicht in Hinterproben einen neuen Vertreter holen. (Heiterkeit.)

Abg. Simonis (Erfasser) hält die Herabsetzung des Weinzolles an sich nicht für bedeutend; das Schlimmste sei die Zollermäßigung für die Trauben und die Verschnittweine, welche erhebliche Beunruhigung und zwar mit Recht hervorrufe. Durch die Ausführungen in der freien Kommission sind die Anschauungen des Redners nicht erschüttert worden.

Abg. Menzer (Dr.) weist es entschieden zurück, daß etwa in der Haltung der Konservativen ein Angriff gegen das Ministerium liege; das Ministerium sei ihnen sehr genehm. Die Beunruhigung sei nicht von den Konservativen in das Land hineingetragen worden. (Zustimmung rechts.) Die Ermäßigung der Zölle auf Trinkweine ist für mich und Herrn Pfleger ein Vortheil. (Zuruf Pfleger's: Für mich nicht.) Sie führen doch auch italienische Weine? (Zuruf Pfleger's: Nein!) Den Konsumanten kommt die Ermäßigung von 24 auf 20 M. nicht zu gute; dazu ist sie zu gering. Der Transport von Trauben aus Italien kann in wenigen Tagen bewirkt werden, dazu sind keine 19 Tage notwendig. Die italienische Weinproduktion ist noch einer großen Ausdehnung fähig. Wenn die Italiener durch ihre Ungeschicklichkeit ihren Absatz nach Frankreich verloren haben, warum sollen wir die Folgen der italienischen Ueberproduktion tragen, während man uns immer daran warnt? (Zuruf richtig! rechts.) Die Verhandlungen der freien Kommission über die Kontrollmaßregeln haben auch nicht befriedigt. Deshalb muß ich bei meiner ablehnenden Haltung

bleiben. Die Verantwortung dafür will ich gern tragen. (Beifall rechts.)

Abg. Schnaidt (Dem.; Württemberg) spricht sich gegen die Position aus, weil dadurch die Weinbauer geschädigt werden. Da die Annahme der Position sicher sei, wolle er die Regierung bitten, die Winger bei der Steuer niedriger einzuschätzen.

Abg. Hibel (Soz.; Mühlhausen i. G.) spricht für die Position, nur um festzustellen, daß nicht alle Erfasser gegen dieselbe seien. Die Weinpreise müßten ermäßigt werden, damit der Konsum sich vermehre; nur weil der Wein zu teuer war, habe im Elsaß der Brauntweingebruch zugenommen.

Der Zoll auf frischgeschlachtetes Fleisch soll von 20 M. auf 15 M. herabgesetzt werden, mit Ausnahme des Schweinefleisches, für welches ein Zoll von 17 M. festgesetzt wird.

Abg. Hoffmann (Sachsen) bedauert im Interesse des Grenzkreises, in welchem er wohnt, daß der Verkehr mit Schweinen von Oesterreich nicht vollständig freigegeben ist; er wünscht für Grenzkreise eine Ermäßigung des Zolles auf 5 M.

Wein Zoll auf Reis 4 M., der nicht ermäßigt wird, bittet Abg. Uhlendorff (Dr.) um eine Herabsetzung des Weinzolles entsprechend der Herabsetzung der Getreidezölle.

Schahssekretär v. Malzahn: Oesterreich hat eine solche Herabsetzung nicht gefordert; die Sache unterliegt unserer Entscheidung, aber hier ist wohl nicht der Ort darüber zu verhandeln.

Abg. v. Kardorff (R.-P.): Nach der Herabsetzung des Getreidezolles wird man sich der Ermäßigung des Weinzolles nicht mehr entziehen können.

Die Zölle auf Papier und Pappe betragen jetzt: für ungeglättetes Padpapier 4 M., für geglättetes 6 M., für Schreibpapier 10 M.; die Zölle sollen ermäßigt werden auf 3,3 und 6 Mark.

Abg. Graf Arnim (R.-P.) weist darauf hin, daß man den Lumpenausfuhrzoll 1879 abgeschafft habe als etwas ganz Veraltetes; hier würden jetzt die deutschen Zölle auf Pappe und Papier herabgesetzt, aber Oesterreich behalte seinen Lumpenausfuhrzoll. (Hört, hört! rechts.) Man hätte Oesterreich lieber auf seine östlichen Nachbarländer verweisen und nicht ihm den deutschen Markt öffnen sollen. Die Verantwortung für solche Schädigungen der Industrie tragen diejenigen, welche die schleunige Beratung fordern.

Staatssekretär v. Böttcher: Die verbündeten Regierungen können diese Verantwortung um so eher auf sich nehmen, als sie sicher sind, daß die Interessen der Allgemeinheit berücksichtigt sind. Den Ermäßigungen unserer Tarife stehen die Ermäßigungen des österreichischen Tarifs gegenüber, die unserer sehr leistungsfähigen und exportkräftigen Papierindustrie sehr günstig sind. Den Ausfuhrzoll auf Lumpen können wir einführen, daran hindert nicht der Vertrag, sondern höchstens die Ausschließlichkeit eines dahin gehenden Antrages.

Abg. Graf Arnim: Die Ausfuhr ist eine erhebliche, aber sie ist nicht lohnend, wie überhaupt die Konkurrenz des Holzstoffpapiers die Lage der Papierindustrie verschlechtert hat.

Abg. Bamberger: Nicht die Freihändler haben den Lumpenausfuhrzoll beseitigt, sondern die Regierung des Fürsten Bismarck, welche den Zolltarif 1879 nach schutzpolizeilicher Richtung revidirte. Mit unseren Wählern haben wir uns schon verständigt; wenn wir uns auf die Vertagung nach Weihnachten eingelassen hätten, dann hätte man uns vorgeworfen, daß wir uns von den Konservativen hätten narren lassen.

Abg. von Kardorff (Reichsp.): Die österreichische Papierindustrie arbeitet mit billigen Zagehölzern, mit den hohen Eisenbahntarifen, dem hohen Lumpenausfuhrzoll und mit den billigen Wasserkräften in Galizien. Darum wird die deutsche Papierfabrikation zu Grunde gehen.

Staatssekretär von Böttcher: Der Absch von Papier nach Oesterreich hat 1888 und 1889 einen Werth von 2 900 000 M. und 3 500 000 M. gehabt. Deshalb wird die Papierindustrie wohl nicht so schnell zu Grunde gehen.

Abg. Klemm-Ludwigshafen (natl.): Das Jahr 1890 ist aber sehr viel schlechter. Die schwedische Holzstoff-Fabrikation macht so schlimme Konkurrenz, daß eine schwere Schädigung entstehen muß für die deutsche Papierindustrie, welche auch deshalb unter schlechteren Bedingungen arbeitet, weil in Oesterreich noch die Sonntagarbeit besteht, die bei uns verboten ist. Ich bin aber überzeugt, daß Oesterreich diese Konzession gefordert hat; ich kann meinerseits bestätigen, daß die Regierung mit großer Sachkenntnis und unter Befragung aller möglichen Sachverständigen vorgegangen ist.

Abg. Brömel (Dr.): Wenn man mit den Zollherabsetzungen warten müßte, bis die Beteiligten selbst damit einverstanden sind, dann kommt man niemals dazu. Die Regierung hat hier die Exportinteressen der Papierindustrie und die der Allgemeinheit wahrgenommen.

Die Abgg. Graf Arnim, Klemm und v. Kardorff erklären, daß der Standpunkt des Abg. Brömel nur dem Handel zum Vortheile gereiche, nicht aber der Produktion, die doch die Hauptsache sei. Die Aufhebung der Eisenzölle habe sich bald als ein Fehler erwiesen.

Abg. Brömel bestreitet, daß die Papierindustrie in den letzten Jahren zurückgegangen sei in ihren Exporten; das sei nicht der Fall. Deshalb könne man nicht zugeben, daß zu Gunsten dieser Industrie der deutsche Markt vollständig abgeschlossen wird. Der Artikel Papier hat für den Handel Stettins gar keine Bedeutung, das ist eine Lappalie.

Staatssekretär v. Marschall: Die Aufhebung der Eisenzölle läßt sich mit dem Vertragsabschluss jetzt gar nicht vergleichen; ein solcher Vergleich ist eine Uebertriebung, die die Regierung über sich ergehen lassen kann. Damals wurden die Eisenzölle autonom aufgehoben, heute ermäßigen wir unsere Zölle unter der Bedingung, daß im Interesse des Exports unserer Industrien die Zölle in den Vertragsstaaten herabgesetzt werden.

Abg. v. Kardorff: Also deshalb muß die Landwirtschaft die großen Opfer bringen, um die Absatzgebiete der Industrie zu erweitern.

Der Zollfuß für Ochsen soll von 30 auf 25,50 M. ermäßigt werden.

Abg. Birk (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß die Grenzsperrre in Bezug auf die Seuchengefahr keine Beförderung gebracht habe, und empfiehlt die weitere Ermäßigung der Viehzölle. Redner macht besonders auf den Umstand aufmerksam, daß die Füllen, sobald sie mit den Mutterpferden eingeführt werden, zollfrei bleiben, während Kälber auch dann den Zoll von drei Mark bezahlen müssen, wenn sie in Begleitung der Mutterkuh sind. Diese ungleiche Behandlung zwischen Füllen und Kälber bedeute eine direkte Schädigung der kleinen Landwirthe an der Grenze, welche auf den Bezug von Zuchtkälbern aus dem Auslande angewiesen sind.

Der Zoll auf Schweine soll von 6 auf 5 M. herabgesetzt werden.

Abg. Graf Mirbach weist dem Fürsten Hahfeldt Unkenntniß der Verhältnisse vor, wenn er behauptet habe, daß die kleinen Leute mehr Schweinefleisch konsumiren als produziren. Die Arbeiter bei uns im Osten ziehen alle ein Paar Schweine auf und haben darauf eine Einnahme. Redner weist dann darauf hin, daß die Einrichtungen zur Untersuchung des Schweinefleisches in

Abg. Jörn von Dalach (Erfasser): Daß man die Bedeutung der Herabsetzung des Wein- und Traubenzolles herabzusetzen sucht, um die Beteiligten zu beruhigen, ist selbstverständlich, aber warum hat Italien gerade diese Forde-

Mexiko sehr dürftig seien (Präsident von Delehore bemerkt, daß das hier gar nicht hergehört). Die Herabsetzung der Zölle neben der Freigabe des amerikanischen Fleisches wird die deutsche Schweinegattung ruinieren.

Abg. Graf Dagsfeldt: Der Redner hat mir Unkenntnis vorgeworfen; vielleicht hat die Planmäßigkeit nur eine kleine Aufhebung hervorgerufen. Die kleinen Leute bringen nicht einige Tausend Schweine auf den Markt, höchstens verzehren sie ein Schwein, welches sie aufziehen, selbst. Jedenfalls wird die Verbilligung des Schweinefleisches allgemein freudig begrüßt werden. (Beifall links.)

Abg. Graf Wierbach: Die Verbilligung des Schweinefleisches wäre der größte Nachteil für den Osten. (Widerspruch links.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Wenn das Fleisch möglichst theuer, die Milch möglichst billig sein sollen, so zeigt das am besten das warme Herz, welches die Herren von der Rechten für die Arbeiter haben.

Damit ist die Beratung des Tarifs für Deutschland erledigt. Bei dem Tarif für Oesterreich und zwar bei den Eisenzöllen besteht.

Abg. Graf Wierbach, daß unser Export so bedeutend sei, daß ein einziger Produzent 700 000 Zentner Eisen nach Oesterreich verkauft habe, wie Herr Dagsfeldt behauptet. Uebrigens hätten die Zollermäßigungen Oesterreichs gar keine erhebliche Bedeutung, da eine Verschönerung der Valuta um 10 pCt. sie vollständig wirtungslos machen.

Damit schließt die Diskussion über die Tarife und über Artikel 3.

Abg. Bleschel berichtet daraus Namens der Petitionskommission über die eingegangenen Petitionen, die als durch die gestrigen Beschlüsse für erledigt erklärt werden sollen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit) erklärt sich gegen die sofortige Beschlußfassung über die Petitionen, unter denen sich 15 000 Unterschriften von hannoverschen Bauern gegen die Handelsverträge befinden; es sei zu verwundern, daß die Deutsch-Hannoveraner sich dieser Selbstkündigung nicht angenommen haben. Die Antisemiten werden daraus die richtigen Konsequenzen ziehen. Es seien bis jetzt nur Vertreter des Handels befragt worden, aber nicht die eigentlichen Beteiligten. Deswegen hätte man eine gründliche Kommissionsberatung einleiten lassen sollen.

Abg. Thompson bemerkt, daß die bezeichneten Petitionen wohl nicht von solchen Bauern ausgegangen sind, welche die Anforderungen des Gemeinwohls richtig begriffen haben.

Die Abstimmung über die Petitionen wird in dritter Lesung erfolgen.

In gesonderter Abstimmung wird die Ermäßigung der Kornzölle von 5 M. auf 3,50 M. mit sehr großer Mehrheit angenommen, — dagegen stimmen nur die Antisemiten, die Mehrheit der Deutschkonfessionen und einige Mitglieder der Reichspartei.

Die Abstimmung über die Herabsetzung des Trauben- und Weinzölles ist eine namentliche. Die Annahme erfolgt mit 200 gegen 66 Stimmen; Abg. Pang (Schietstadt) enthält sich der Abstimmung. Zur Winterzeit gehören hier noch die meisten Gesäffer und Volksparteiler, sowie einige süddeutsche Nationalliberale und Zentrumsmitglieder.

Die übrigen Tarifpositionen, der deutsche und der österreichische Tarif im Ganzen und schließlich Art. 3 werden darauf ebenfalls angenommen und um 6 1/2 Uhr die Fortsetzung der Beratung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Tokales.

Wissen ist Macht.

Arbeiter! Am Anfang dieses Jahres haben zwei große, von Tausenden besuchte öffentliche Volksversammlungen die grundlegenden Beschlüsse zur Errichtung der Allgemeinen Arbeiter-Bildungsschule in Berlin gefaßt. — Im April begann die Schule unter großem Andrang von Teilnehmern ihre Thätigkeit, und die große Zahl Lehrer, die ohne Schüler oder Schülerinnen zu sein, sich bereit erklärten, als Mitglieder der Arbeiter-Bildungsschule durch Beiträge zu unterstützen, ließ uns für das Fortkommen der Schule das Beste hoffen.

Sehr viele von denen, die unserem Bestreben damals begeistert zustimmten, werden aus wirtschaftlichen Gründen, der Theuerung und der Arbeitslosigkeit wegen, nicht im Stande gewesen sein, ihren damaligen Besatz anzuführen und die Arbeiter-Bildungsschule laufend zu unterstützen, — sehr viele, die es im Stande sind, haben es verabsäumt. — Anders aber als geklagt auf die Mithilfe aller Arbeiter war von Anfang an und ist unser Unternehmen nicht zu erhalten und zu fördern, die Beiträge der Schüler und Schülerinnen allein vermögen die Kosten selbstverständlich nicht zu decken!

Wir wenden uns daher an Alle, denen die Bildungsbestrebungen der arbeitenden Klasse am Herzen liegen, die Arbeiter-Bildungsschule nach besten Kräften durch Agitation und Geldmittel zu unterstützen, — sich zur Förderung der Sache einen kleinen laufenden Beitrag aufzuwerfen und der Arbeiter-Bildungsschule neue Freunde und Mitglieder zu gewinnen.

Die Arbeiter-Vereinigungen, auch die auswärtigen, bitten wir gleichfalls um Beihilfe je nach ihren Kräften!

Der gute Erfolg unserer Schule wird nicht ausbleiben — er kann sich nicht gleich, sondern erst später zeigen, er wird aber dann um Allen zu Gute kommen.

Die Arbeiter-Bildungsschule ist ein Unternehmen, auf welches unsere Freunde aller Kulturländer mit hoher Erwartung und unsere Feinde mit Neid und Mißgunst blicken; richten wir uns hiernach, und darum auf! zu reger Mithilfe in unser Aller Interesse!

Tausende Beiträge sind an die wiederholt veröffentlichten Zahlstellen und Extrablätter an den Kassier Herrn M. Gumpel, Barnimstr. 43, zu entrichten.

Der Vorstand der Arbeiter-Bildungsschule.
J. A. G. Bogtherr, Stephanstr. 27a.

Die Reichstags-Verhandlungen der letzten Tage sind von uns an anderer Stelle nach ihrer politischen Seite hin bereits erörtert worden. Wir wollen hier lediglich auf eine kurze, aber für gewisse „Vollvertreter“ höchst bezeichnende Episode zurückkommen, welche sich in der Montagssitzung abspielte und die von den meisten der anwesenden Journalisten wenig bemerkt worden ist. Der den Konservativen untreu gewordene Abg. Prinz Schmalz-Carolath hatte den agrarischen Nummernsatten ein im großen Ganzen richtiges Bild gezeichnet von dem Nothstand, welcher im Lande herrscht, er hatte unter dem Widerspruch seiner früheren Freunde die Wirkung der hohen Zölle geschildert, welche einen „namentlichen Haß und eine Verwitterung in die weitesten Kreise der arbeitenden Bevölkerung getragen hätten“. Einer der nächsten Redner war der konservative Abgeordnete Menzer, seines Zeichens Weinguts-Besitzer bei Redargemünd. In Berlin besitzt der Herr auch ein Restaurant, soweit wir wissen, die Weinprobe „zur Stadt Athen“ in der Leipzigerstraße. Dieser Herr Menzer leugnete mit großer Redlichkeit das Vorhandensein irgendwelchen Nothstandes, so etwas komme nur in „Novellen“ oder „Romanen“, höchstens noch in „Ausland“ vor.

So Herr Menzer, Weinguts-Besitzer bei Redargemünd! Nun, wir möchten Herrn Menzer ersuchen, sich einmal in Berlin gehörig umzusehen, dann würde er auf Schritt und Tritt sehen,

wie sich der „Roman“ in grause Wirklichkeit verwandelt. Er soll die Volkstüden, die Wännenstuden besuchen, er soll im Asyl für Obdachlose vorpredigen, — dann wird er ja sehen, was „Roman“ ist und was Wirklichkeit. Oder meint denn der Mann, es sei ein „Roman“, bei Sturm und Kälte im zerfallenen Köchen, mit defekten Stiefeln Straß auf, Straß ab zu laufen? Oder bildet er sich ein, es bereite einen Gaumenkühl, für 10 Pfennig einen Napf Pfusen und ein Stück Schwarzbrot hinunter zu würgen? Von dem Leben und Treiben in Berlin hat dieser Abgeordnete auch nicht eine leise Ahnung, er ist augenscheinlich aus dem Weineller seiner „Stadt Athen“ noch nicht viel herausgekommen. Solche Leute aber, die über Sachen schwärmen, die sie in ihrem Leben nie gesehen haben, sind in unseren Augen Ignoranten, denen wir das Recht absprechen, über Lebensgewohnheiten und Lebensbedürfnisse des vierten Standes zu urtheilen.

Genau wird Herr Menzer die Behauptung aufstellen, nur in Berlin sei es etwas schlimmer, als in der Provinz. In jeder Nummer unseres Blattes oder können wir ihm den Gegenbeweis liefern und ihm Hölle ansähen, aus denen hervorgeht, daß es in der Provinz nicht um einen Deut besser aussieht. Erst gestern besprachen wir in der „Politischen Uebersicht“ denartige Zustände in einem bayrischen Orte. Wir wollen hier die Schilderung wiederholen, da deren Glaubwürdigkeit für Herrn Menzer so sehr über jeden Zweifel erhaben ist, als sie dem Stöderblatt „Volk“ entnommen ist, das zu lesen Herr Menzer dringend verächtlich erscheint. Im Beiblatt zu Nr. 233 findet sich dort eine Bitte des protestantischen Pfarrers in Schwarzengbach bei Wald, Oberfranken. In derselben heißt es:

„In unserem Bezirk, der fast durchgängig aus Handwerker besteht, ist eine Nothlage eingetreten, die der Abhilfe dringend bedarf. Seit mehr als 3 Monaten sind die circa 2700 Weber unseres Bezirksamts mit wenigen Ausnahmen beschäftigungslos und können von ihren bisherigen Arbeitgebern infolge des durch die Mac-Kintin-Bill völlig darniederliegenden Exportes keine Arbeit mehr erhalten.“

Es wird nun weiter geschildert, daß die Kartoffelernte infolge der Mitternachts feier gering ausgefallen ist, daß deshalb die Kartoffeln bereits angezehrt und eine Menge von Familien von allen Hilfsmitteln entblüht sind. Der Pfarer sagt dann fort:

„Ich kenne Familien, die — 8 Köpfe stark — mit Mühe und Noth um 10 Pfennige Mehlresten, Wasser daran schütten und diesen Mehlbrei in der Ofenröhre brennen. Das ist dann die Nahrung für acht Familien-glieder Tag für Tag, viele aber haben nicht einmal mehr das.“

Ja, Mangel denn das nicht ganz ruffisch? Tag für Tag gedörrten Mehlbrei und das ist für Viele, die noch weniger haben, noch ein Deckbissen! Die Redaktion des „Volk“ sagt diesem Nothschrei ganz andrücklich hinzu, daß die Schilderung des Stenbs durch aus nicht übertrieben sei.

Wie angeht solcher Thatfachen deutsche „Volk“vertreter noch den traurigen Muth haben, den Nothstand schlaunweg abzuleugnen, ja wie sie noch darüber spotten können, daß solche Schilderungen in die „Romane“ gehören, das kann und wird die Bevölkerung nicht begreifen. Solche menschenfreundliche Leistungen verdienen niedriger gebührt zu werden, damit die Wähler das nächste Mal wissen, woran sie mit ihrem Abgeordneten sind. Den Herren vom Schloß der Redargemünd Herr Menzer rathen wir, sich bei der nächsten Wahl in — Bayern um eine Kandidatur zu bewerben!

Die angebliche Kirchennoth in Berlin macht der Provinz-presse viel Kopfschmerzen. Seitdem es Mode geworden ist, in Berlin auf jedem halbwegs freien Platz eine Kirche zu bauen oder vorläufig wenigstens den Grundstein zu einem Kirchenbau zu legen, läßt es die guten Leute in der Provinz nicht mehr ruhig schlafen, wenn sie nicht auch das Jorige dazu beigetragen haben, um Spree- und Havel mit einer weiteren Kirche versehen zu helfen. Die guten Leute in der Provinz, — sie wollen die Berliner um jeden Preis fromm machen und habe doch wahrlich zu Haus genug zu thun; sie sehen den Splitter in den Augen der Berliner, den Balken in ihren eigenen nicht. Und das Beste ist, die Kirchennoth in Berlin ist interkonfessionell! Als die Protestanten zu der Uebergangung gelangt waren, daß es in Berlin zu wenig protestantischen Kirchen gäbe, kam eine gleiche Uebergangung auch den Katholiken, es gab auch zu wenig katholische Kirchen. So wird also nun frisch darauf los gebaut für Protestanten und für Katholiken. Das Bauen kostet Geld, im „Wasserloß Berlin“ (wie nach Sachem) kostet der Bau christlicher Kirchen sogar heidenmäßig viel Geld. Um dies zusammenzubringen, werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, man ist auch schon bis auf die Lotterie herunter gekommen.

In der Provinz herrscht aber das sogenannte kirchliche Leben in Berlin eine so naive Verhältnisslosigkeit, daß selbst Götter nicht im Stande wären, gegen dieselbe anzukämpfen. Gegenüber den unsinnigen Klagen und Behauptungen in der Provinz- und Kirchennoth in Berlin muß endlich einmal konstatiert werden, daß es eine solche Noth gar nicht gibt. Die Arbeiterbevölkerung überwiegt in der Reichshauptstadt. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiter sind Sozialdemokraten.

Wie also die Bourgeoisie. Da stoßen wir sofort auf den großen Haufen der Indifferenten mit dem Motto: Wirtschaftler von innen, Berge von außen, Kirchen von außen. Die Zahl dieser Indifferenten ist weitaus größer, als sich die ehrlichen Provinzler träumen lassen. Sie mag schlagungsweise wohl die Hälfte des „Bürgerthums“ ausmachen. Von der anderen Hälfte trennt sich der Flügel der bürgerlichen „Demokraten“, in deren Reihen es zum guten Theil gehört, sich von dem Pfaffen nicht vorreden zu lassen. Der Rest liefert die Kirchenbesucher. Für diesen Rest aber haben die jetzt schon bestehenden Kirchen Raum mehr denn zu viel. Also ist das Lamento von der Kirchennoth unbegründet.

Eine Hauptursache für die Geldsammlungen zum Bau katholischer Kirchen in Berlin ist die „Römische Volkszeitung“, das Sprachrohr der römischen „demokratischen“ Zentrumsmänner. Das Blatt geht jetzt auf dem Gebiet des Geldschneidens wahrhaft bahnbrechend vor. Nachdem es blutige Thänen geweint hatte über die Gottlosigkeit der Welt im Allgemeinen und über die der Berliner in ganz Besonderen, entbaste es sein gutes Herz und sprang elends herbei, um die Berliner, — die Kerntzen! — zu rechten Christenmenschen zu erziehen. Natürlich schwärmt die Redaction des römischen heiligen Rodes nur für den Bau von katholischen Kirchen, die Protestanten, so kalkulirt sie in ihrer Gemüthsheite, werden sich schon selber kümmern.

Die Art und Weise des Römischen Blattes, ihre Glaubensgenossen zum „Taschen auf“ zu ermuntern, entbehrt nicht des Reizes der Originalität. Im redaktionellen Theil erschien eines Tages die welterschütternde Noth, daß die Pfarre K. in K. einen netten blauen Hundertmarkschein für die kirchensammelnden Berliner gesendet habe. Das war das Signal zur Attacke auf die Hundertmarkscheine der Leser des Blattes. In jeder Nummer folgt eine weitere Noth: Von dort her ein Blauer, Gurrath! Von dort her wieder ein Blauer, — noch hurrath! Eine der letzten Nummern erörtert das liebliche Thema folgendermaßen:

Vivant sequentes! Wo bleiben die Köhler? fronen wir in der gestrigen Abend-Ausgabe, und siehe, noch am selben Abend erzeuhen uns drei Köhler mit ihrem Leisatz, welche als Bismarckarten zwei Hundertmarkscheine hinterließen. Die Herren äuperten ihr lebhaftes Beiremben, daß sie die ersten seien, und sprachen die Hoffnung aus, daß dies jetzt besser werden würde, eine Erwartung, welcher wir uns gern anschließen. Vielleicht ist

nach Mancher guten Willens, weiß aber nicht recht, an wen er sich wenden soll; solchen Zweiflern bringen wir als Vermittelungsstelle in Erinnerung: alle Sendungen für die Berliner Kirchennoth, am liebsten große aber auch kleine, welche die edeln Geber an die Vertheilungsstelle der „Römischen Volkszeitung“ schicken, werden pünktlich an die richtige Stelle übermittelt werden. Gestern sind bereits 2—3000 Mark dorthin abgegangen.

Das ist doch wenigstens noch ein Ton! Der geht so grandios auf die Hundertmarker, als ob es gar keine Menschen an der Welt gäbe, die nicht einen solchen Schein befehlen haben. Es ist das auch so ein Theil des praktischen Christenthums, wenn man Geld zusammenträgt für — Steine, statt für Brot.

Wieder einmal ein „Kraß“. Aus Zehlendorf wird geschrieben: Die Flucht des hier wohnhaft gewesenen Kaufmanns Manfred Maydorff, des Generalvertreters des „Bureau Central“ in Berlin O., Gertraudenstr. 16/19, bildet das Tagesgespräch in unserm an aufregenden Ereignissen in letzter Zeit nicht gerade armen Orte.

Als vor einiger Zeit Maydorff in einen unliebsamen Prozeß gegen den früheren jetzt verstorbenen Geschäftsinhaber L. Brillhorn in Breslau verwickelt war, aus dessen Verhandlungen hervorging, daß auch der „Zeuge Maydorff“ schon mit der Einrichtung preussischer Gefängnisse Bekanntschaft gemacht hatte, zog sich von den hiesigen gesellschaftlichen Kreisen zurück, um die Zeit that das ihre, die Angelegenheit vergessen zu machen. Nach und nach fand Maydorff wieder Verlehr, da man an seinem scheinbar harmlosen Wesen, seine gemüthlichen Fröhdlichkeit Gefallen fand. Jetzt erst wird sein wahrer Charakter bekannt, und es muß gesagt werden, daß Maydorff ein Betrüger comme il faut war, ein raffiniertes Schwindler, der unter der Maske des „Gemüthsmenschen“ einherging, und schon längst statt des Gesellschaftsbrodes die Zuchthausjacke hätte tragen müssen.

Seit mehreren Monaten schon hat Maydorff ausschließlich von Wechselkäufungen gelebt. Er verfolgte dabei das Prinzip, daß er die Namen aller seiner Bekannten zur gefälligen Unter-schrift benutzte, nebenbei aber noch von zahlreichen kleinen Leuten, Briefträgern, Handwerkern und anderen Geld lieb oder bei Fabrikanten Bestellungen machte, ohne jemals zu zahlen. Neben zahlreichen Privatleuten, die um Hunderte und Tausende betrogen wurden, ist auch ein bekanntes Berliner Lotteriegewinn mit größeren Summen hineingelegt worden. Als Maydorff seines Ausweg mehr wahrte, trug er sich mit Selbstmordgedanken. Aber er zog es vor, Alles, was er mitnehmen konnte, vornehmlich die Werthsachen seiner Frau, in einen Koffer zu packen und damit das Weite zu suchen. Die Wohnungs-Einrichtung in Zehlendorf ist vollständig verlegt, der zurückgelassene Frau, der Tochter einer armen Tagelöhner-Witwe in Oberkiesow, die der Flüchtling vor einigen Jahren in ganz ärmlichen Verhältnissen geheiratet hatte, ist nichts geblieben, als das nackte Leben. Sie trägt ihr hartes Geschick mit großer Hoffnung und hat zu Bekannten geklopft, sie werde in Dienst gehen.

Kassallend ist es, daß die Berliner Kriminalpolizei, die Maydorff auf Grund einer Denunziation zu einem Verhör geladen hatte, ihn wieder laufen ließ, so daß er Tags darauf bequem seine Flucht bewerkstelligen konnte.

Am Freitag Nachmittag war Maydorff zum letzten Mal im Berliner Geschäft, das er gegen Abend verließ unter der Angabe, eine Geschäftsreise antreten zu wollen. Er ließ sich von einem Bedienten seine Sachen nach Zehlendorf schaffen und fuhr am Sonnabend mit dem sechs-Uhr-Zuge früh nach Berlin. Seitdem ist er verschwunden. Sein Mobilien in Zehlendorf wird durch den Gerichtsvollzieher verpfändet; das „Bureau Central“ in Berlin ist geschlossen, das Personal ohne Stellung. Man erwartet, daß der Flüchtling des Personals verfolgt werden wird.

Ein Opfer der Lotterie. Ein in der Postenstraße wohnender Bahnenbesitzer K. hatte sich zur Ziehung der Weimar-Lotterie vier Loose gekauft und gehofft, daß er wenigstens mit einem derselben herauskommen werde, um dann seiner Frau eine kleine Ueberraschung zu Weihnachten bereiten zu können. Leider ist ihm aber dieser Wunsch selbige schlagen, denn er ist in allen Ziehungen durchgefallen. Dieses Mißgeschick hat nun den sonst in seinem Dienst sehr tüchtigen Mann um seinen Verstand gebracht. Als er am Montag Abend von seinem Dienst nach Hause zurückkehrte, war er wie umgewandelt, er verweigerte jegliche ihm von seiner Frau vorgegebene Nahrung, führte allerlei wirre Reden und bedrohte schließlich seine Frau und seine Kinder mit Schlägen, so daß diese in die Nebenstube flüchten mußten, um seinen weiteren Mißhandlungen zu entgehen. K. rief dabei fortwährend: Weiber, Weiber! Ihr habt mir mein Glück gekostet und noch mehr. Auf Requisition einiger Hausbesitzer wurde endlich, da man einsah, daß der arme Mann übergeschnappt sei, zum Physikus geschickt, der bei seinem Erscheinen den Mann für gemeingefährlich gehalten erklärte und dessen Ueberführung nach der Charité anordnete.

Aus einem unserer Märkischen Nachbarstädten, so schreibt ein hiesiges Vorkensblatt, erhalten wir die folgende Schilderung eines tragikomischen Abenteuers, die in ihrer schlichten Darstellung die Wahrheit des Urschlitten zu verbergen scheint. In der Stadt Y. erwartete der Oberst v. K. die Ankunft seiner Nichte, die mit dem letzten Abendzuge eintrifft sollte, und zum Empfang der jungen Dame begab er sich mit seiner Familie zum Bahnhof. Aber dem Zuge entging keine Nichte, wenn man auch unter den ausgeladenen Passagierreihen die Koffer derselben erkannte. Sie mußte also doch im Zuge gewesen sein. Daß sie trotzdem nicht angekommen war, bemerkte die Familie v. K.; jedoch am anderen Morgen traf die vermisste Nichte ein und erzählte dann ihrer Tante das folgende Mißgeschick: Als der Zug gestern gegen Abend in die letzte kleine Station vor meinem Reiseziel eintraf, hielt mein Wagen unmittelbar vor dem Häuschen, an welchem steht: „Für Lamen“. Da 5 Minuten Aufenthalt waren, streng ich aus, um in jenes Häuschen zu springen. Nach einigen Minuten, im Begriff in mein Koppel zurückzutreten, verlor ich die Thürschlüssel; es war entweder ein besonderer Mechanismus vorhanden, den ich nicht kannte, oder er war im besten Zustande. Ich probirte und probirte mit Mühe und Gewalt, zuletzt pochte ich laut, Niemand hörte, ich rief! Ich schrie! — da pflö der Zug ab und ich — sah gesungen. Es war mir schredlich, daß ich nun von Euch erwartet wurde; was mochte ich denken, das mir passiert sei! Ich weinte natürlich entsetzlich, aber es sollte noch schlimmer kommen. Es wird schon Jemand hier vorbeigehen, der dir anmacht, dachte ich. Aber es kam Keiner, denn das Häuschen lag, wie ich später erfuhr, von der eigentlichen Haltestelle ziemlich weit entfernt. Ich rief also wieder laut und immer lauter, aber niemand hörte. So vergingen Stunden. Da pflö ein Zug, aber es mußte ein Güterzug oder Rouvierzug sein, der dort nicht hielt; ich schrie um Hilfe, aber das Wagen-gerrölle überdünnte meine Stimme. Es wurde Nacht und ich sah in diesem furchtlichen Orte eingeschlossen. Einmal mußte doch Jemand erscheinen, tröstete ich mich. Da erdünnte das Geräusch auf Bahnhofs-Platzwächters, der 11 Uhr veränderte, ganz nahe bei mir. Ich bot noch einmal meine ganze Lungenkraft auf und schrie: „Hilfe! Hilfe!“ und die Hilfe kam. „Was ist denn hier?“ fragte eine rauhe Männerstimme. „Ach, ich bin hier eingeschlossen, rief ich; ich kann die Thür nicht aufmachen, ich sitze schon 6 Stunden an diesem Orte. Von Ihnen öffnete der Wächter die Nacht. „Tausend tausend Dank! Gottlob.“ ... „Aber mein gutes Fräulein“, sagte der Nachtwächter, mir ins Wort fallend, „daß es doch sehr einmüde zu Ihnen, sehen Sie mal, daß müssen Sie so machen, kommen Sie mal.“ Dabei schob er mich mit sich in das Kabinchen hinein, um mir den Mechanismus zu zeigen. „Sehen Sie, so...“ — Aber es ging nicht, er rüttelte mit vieler Gewalt, es half nichts, also — Schnapp! jetzt haben wir Beide gefangen! — Was haben Sie gethan? Sie unglückseliger

Mensch! Ich sah ihn weinend an. „Ja,“ flüsterte er, „et hat doch sonst immer gegang, aber et muh wat kaput sind!“ Alle unsere Versuche zu öffnen und schließlich mit Gewalt die Tür zu erzwingen, waren vergebens; Auser, sagte er, helfe hier nichts, da dies unmöglich gehöri werden könn. Wir mühten uns in unsere Lage finden. Wie schrecklich es für mich war, mit diesem Ketter an diesem Orte zusammen sein zu müssen und das die ganze Nacht — es ist nicht zu beschreiben! Nun wurde ich auch müde; man konnte nicht immer stehen und doch war es dort so eng, daß für zwei ja kaum Platz war; wir sahen also abzuweichen. Der Mann fragte mich zuletzt, ob er sich auch eine Weile ansetzen dürfte, was ich ihm zur Verbesserung des Luft sehr erlaubte, aber der Kraker war auch nicht lieblich. Er tröstete mich, indem er sagte: „Morgen früh um halb 8 Uhr muh der Wahnwüter hier die Stredde begehren, der kommt hier vorbei, der muh uns hören und aufmachen.“ Was ich in der Nacht mit diesem Menschen alles gesprochen und erörtert habe, kann ich Euch gar nicht erzählen. Eine Sommernacht habe ich durchgemacht, wie ich sie meinem Ärgsten Feinde nicht wünsche. Sangsam verging Stunde um Stunde, endlich halb 8 Uhr hörten wir Schritte. Ein kräftiger Auf des Nachtwächters, der den Namen des Wahnwüters nannte, wurde sogleich erwidert. Letzterer kam heran und öffnete, und wir entsprangen unserm gemeinschaftlichen Käfig. Ehe ich davon laufen konnte, sagte mir der Nachtwächter: „Ja, mein liebes Bräutlein, det is nun gang häßlich, det wir die Nacht da zusammen gefessen haben, aber wo bleibt mein Dienst? Meine Kontrolluhr zeigt an, det ich nich auf meinen Posten war. Nu müssen Se mir aber noch bezeugen, det ich mit Ihne da zusammen gefessen habe und det wir nich heraus gekonnt haben, sonst werde ich noch bestrast, und ich verliere am Ende noch meinen schönen Dienst.“ Ja, ja, ich bezeuge auf Verlangen Alles, rief ich, gab meine Adresse an und fuhr mit dem nächsten Zug zu Euch. — Neht Tage später traf ein Schreiben des Königlich Eisenbahn-Betriebsamts ein, in welchem angefragt wurde, ob es wahr sei, daß die Rechte des Herrn Obersten mit dem Nachtwächter ein solches gemeinschaftliches Mißgeschick erlebt habe, und sie stellte der Wahrheit gemäß die Bescheinigung aus, daß sie mit dem Nachtwächter J. unfreiwillig zusammen die Nacht zugebracht habe, wodurch der Nachtwächter verhindert worden sei, seinen gewöhnlichen Dienst zu verrichten.

Nach Meldung eines Lokalberichterstatters ist vorgestern Vormittag der vielgenannte Jägerhauptmann Petermann aus Weisepfer verhaftet worden. Ueber den Grund der Verhaftung ist nichts bekannt.

Die Zahl der Hunde, welche wegen fehlender Maulkörbe und Steuermarken im Laufe dieses Jahres durch die Hundefänger auf den Straßen Berlins eingezogen worden sind, beträgt rund 5500. Davon ist die Hälfte bis zwei Drittel gegen Belegung der festgesetzten Gebühren (Hänggeld bzw. Futtergeld) wieder abgelassen worden, während mindestens ein Drittel der eingezogenen Thiere getödtet werden mußte. Dem Polizeipräsidenten ist vor kurzem eine genaue Zusammenstellung über die Zahl der eingezogenen Hunde und die aus dem Einfangen erzielten Einnahmen zugeföhrt worden.

Vorgestern Nachmittag um 6 Uhr entgleiste einer Lokal-Korrespondenz zufolge auf der Weiche IX. des hiesigen Anhalter Bahnhofes eine Rangirungsmaschine, indem sie ohne besondere Veranlassung plötzlich aus den Schienen sprang. Außer einer Beschädigung der Weiche, welche am späten Abend noch nicht wieder in Ordnung gebracht worden war, wurde kein Schaden angerichtet. Der Verkehr jedoch war über eine Stunde unterbrochen. Am Montag Nachmittag war bei Tempelhof eine leere Maschine entgleist. Auch hierbei ist kein Unfall vorgekommen, sondern nur eine Verleserhöhung eingetreten.

Eingebrochen wurde in der Sonntagnacht in eine Partierewohnung des Grundstücks Weidenstr. 3a. Die Thiere hatten einen schwarzen Sommerüberzieher, auf dessen schwarzem Futter das in Gold gezeichnete Monogramm P. R. angebracht war, ferner 108 M. (in Gold und Silber), eine größere Anzahl Schmuckfachen (Wroschen, Ringe etc.), sowie einen Koffer mit Tasche, in welchem sich Militärpapiere befanden, die auf den Namen Robert Barth lauteten.

Goldwaaren im Werte von über 3000 M. sind am Dienstag Abend dem Goldschmied Richter, einem wenig begüterten hiesigen Manne, welcher Wohnung und Werkstatt, sowie auch ein kleines Verkaufslager in dem Hause Dresdenstr. 126, Hof parterre hat, gestohlen worden. Goldschmied Richter hatte zu beiden Seiten des Hausportals an der Straße einen Schaufenster hingehängt; beide Schaufenster waren an jezt eingeschlagene Rahmen geschlossen und jeder mit einer Lampe versehen. Um 1/2 Uhr abends — also zu einer Zeit, wo der Verkehr in der stets belebten Dresdenstr. auf seinen Höhepunkt zu kommen beginnt — kam atemlos eine Nachbarin Richters in dessen Werkstatt und meldete, daß einer der Schaufenster vor dem Hause rehle. Richter eilte hinaus. Beim Anblick der leeren Stelle brach er fast zusammen. Sein verzweifelltes Vernehmen bannete schnell Hunderte von Passanten, Teilnehmend an dem Verbrechen, in welchem sich die werthvollsten Sachen befanden. Der Kasten enthielt goldene Ketten- und Damen-Uhrketten, Armbränder, edelgestaltete Similitantringe, Öhringe, Broches und Ravelin, wiewol von jedem vermochte der Verthohlers bei seinem Schreie garnicht anzugeben. — Gegen Weihnachten vorigen Jahres wurde in nächster Nähe ein gleicher Diebstahl ausgeführt.

Polizeibericht. In der Nacht zum 15. d. M. wurde der Wächter des Neubaues an der Straße 12 b Nr. 11, Merken, seiner Angabe zufolge, von zwei unbekanntem Männern, welche in den Neubaue einzudringen versuchten, durch einen Revolverbeschuß am Knie und an der Hand so bedeutend verletzt, daß er später nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Am 15. d. M. Vormittags fiel ein Arbeiter vor dem Hause Müllerstraße 148 von seinem schwerbeladenen Kohlenwagen, geriet unter die Räder und erlitt schwere Verletzungen an beiden Beinen, welche seine Ueberführung nach dem Paul-Greisdorfkrankenhaus erforderlich machten. — Auf dem Grundstück Neue Königsstr. 25 fiel Nachmittags ein unbekannter, etwa 30-jähriger Mann in der Dunkelheit von der Reitertrappe und verletzte sich so schwer am Hinterkopfe, daß er bewußtlos nach dem Krankenhaus am Friedreichshain gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 16. d. M. wurde ein Klempner in seiner Wohnung in der Großen Frankfurterstraße erhängt vorgefunden. — Am 14. d. M. fanden in der Schönhauserstr. 4 und Großbrennstr. 20 b keine Leiche statt. — Am 15. d. M. und am darauffolgenden Morgen fanden fünf kleine Brände statt.

Berichts-Beitrag.

In Bezug auf die in Vereinen und Versammlungen vorkommenden Teilerfassungen, welche von den Gerichten häufig unter dem Begriff der Kollektiven gestellt werden, hat der Strafsenat des Kammergerichts als höchster Gerichtshof für die Landes-Strassengerichte vorgestern eine wichtige, namentlich maßgebende grundsätzliche Entscheidung geföhrt. In dem ersten der beiden gang gleichartigen zur Entscheidung anstehenden Strafprozesse waren mehrere Personen angeklagt worden, weil sie ohne vorherige behördliche Genehmigung die einer in Merseburg stattgehabten Volksversammlung in dem zum Lokal führenden Hause nur mittelst zweier Teilertrittsgelder von 10 Pf. eingesammelt

hatten. Das Schöffengericht zu Merseburg verurteilte sie hierauf wegen unbefugten Kollektirens zu je 3 M. Strafe, die Strafkammer zu Halle aber sprach sie in der Verurteilungsfinstanz frei, indem sie in dem vorliegenden Thatbestand gar nicht die Merkmale des Kollektirens fand und deshalb auch gar nicht erst auf die Prüfung der Frage, ob die bezügliche Polizeiverordnung der Regierung zu Merseburg überhaupt zu Recht bestche, einging. Zu den Merkmalen einer Kollekte — so wurde in den Entscheidungsründen ausgeführt — gehört ein Einsammeln freiwilliger Gaben und Beisteuern zu einem angelegten Zwecke, wobei gleichgültig ist, ob die Geber infolge der Aufforderung oder aus freien Stücken gegeben und ob die Einsammlung von Haus zu Haus oder von einer Stelle aus erfolgt, so daß der Geber in letzterem Falle die Gabe bringt; aber ein wesentliches Merkmal ist es, daß dem Geber selbst für seine Gabe entweder keine Gegenleistung, oder zwar eine solche, aber unter Umständen gewährt wird, aus denen gefolgert werden muß, daß die Gegenleistung lediglich zur Verdeckung der Kollekte, als des hauptsächlichsten Zweckes der Einsammlung, geschieht. Im vorliegenden Falle ist aber die Gegenleistung jedem der eintretenden Geber durch Gewährung des Aufenthalts in einem erleuchteten Saale und des Vortrags des bezahlten Vortrags gewährt, und das Recht darauf durch jeden eintretenden Geber erworben, sonach der Thatbestand der Kollekte nicht erfüllt. Die hiergegen eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Kammergericht, welches in der Vorentscheidung keinen Rechtsirrtum zu finden vermochte und das entscheidende Kriterium namentlich in dem Umstande sah, daß die Gaben keine freiwilligen waren, zurückgewiesen.

Im zweiten Fall handelte es sich um eine in Hohenmölsen stattgehabte Volksversammlung, zu welcher ein Vorstandsausschüß von den Besuchern 10 Pf. Eintrittsgeld erhoben habe. Er hatte hierzu sogar die behördliche Genehmigung nachgesucht, die aber nicht erfolgt war. Das Schöffengericht zu Hohenmölsen hatte hierauf wegen unerlaubten Kollektirens auf 3 M. Geldstrafe, die Strafkammer zu Naumburg aber unter Hinweis darauf, daß es sich nicht um freiwillige Gaben gehandelt habe, auf Freisprechung erkannt. Auch hier wies das Kammergericht aus den gleichen vorerwähnten Gesichtspunkten die Revision der Staatsanwaltschaft zurück.

Wegen Befeldigung des Ersten Staatsanwalts Woytatsch, früher zu Kiel, jetzt in Berlin, und des Gerichtsassessors Dr. Wehlis zu Erfurt hatte sich gestern der Rechtsanwalt Georg Ledebour vor der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte, welcher früher verantwortlicher Redakteur der „Volks-Zeitung“ war, ist der Verfasser eines in Nr. 178 der letzten vom 30. Juli v. J. erschienenen Artikels „Rechtsverfolgung gegen eine Frau“, in welchem die von der Staatsanwaltschaft zu Kiel und Erfurt gegen die freiburgerische Redlerin Frau Hedwig Wilhelm aus Oranien unternommenen Schritte gegeißelt wurden. Dieser Artikel ist mit einer kurzen Einleitung von der „Rechts-Zeitung“ abgedruckt worden. Der Staatsanwalt in Prag übersandte die betreffende Nummer der „Rechts-Zeitung“ an die beiden obengenannten Vertreter der Staatsanwaltschaften zu Kiel und Erfurt und diese stellten Strafanträge gegen Verfasser, Verleger und Einleger dieses Artikels. Der Angeklagte hatte in einem früheren Termine diese Strafanträge beantragt, beide Staatsanwälte erklärten aber nachträglich, daß sie mit ihren Strafanträgen auch den Verfasser des ursprünglichen in der „Volks-Zeitung“ enthaltenen gewöhnlichen Artikels treffen wollten. Dieser Staatsanwalt Woytatsch behauptete dieses bei seiner gestrigen persönlichen Vernehmung noch ausdrücklich. Herr Woytatsch setzte seinen sachlichen Bekundungen noch die folgende hinzu: Der Angeklagte sei tugendhaft auf der schiefen Ebene der Sozialdemokratie angelangt; wie er sich aus einem Bericht über eine sozialdemokratische Versammlung überzeuge, habe derselbe eine Rede gehalten, in welcher er behauptet habe, daß er zu „revolutionären“ bezähligte. Demnach geht hervor, daß es dem Angeklagten nur um Verbrechen zu thun sei. Der Angeklagte wollte an den Ersten Staatsanwalt Woytatsch die Frage gerichtet wissen, wann und wo er dies gesehen habe, er verzichtete jedoch darauf, nachdem der Vorstehende erklärt hatte, daß die ganze Sache ja gleichgültig sei. — Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß hier ein sinesiges Angreifen sozialistischer Organe vorliege und beantragte sechs Wochen Gefängnis. — Rechtsanwalt Freundenthal brachte dagegen die Einstellung des Verfahrens in Antrag, da rechtsgültige Strafanträge nur bei glich des Artikels der „Rechts-Zeitung“ „Reform“ nicht aber bezüglich der „Volks-Zeitung“ vorlägen. Der Verteidiger sprach gleichzeitig die volle Ueberzeugung aus, daß die persönlichen Bemerkungen des Zeugen Feinreich Einbruch auf den Gerichtshof machen würden, da ja vor einem preussischen Gerichte doch wohl Jedermann gleich sein dürfte, ob er nun Konservativer, Ultramontaner oder Sozialdemokrat sei. Der Angeklagte betonte, er habe sich um so mehr zu dem simplen Artikel berechtigt gehalten, da es sich um den Schuß einer unabhügelten Weise eingeleiteten Frau gehandelt habe, und er habe auch fernerhin, er wolle auf den Versuch des Zeugen, gegen ihn Stimmung damit zu machen, daß er, der Angeklagte, Sozialdemokrat sei, nicht weiter eingehen, da auch er es für unmöglich halte, daß derselbe eine Wirkung auf den Gerichtshof ausüben werde. — Der Gerichtshof verwies den Präjudizialentscheid des Angeklagten und wurtbeilte denselben zu einem Monat Gefängnis, indem er als strafschwerend hervorhob, daß durch die Bemerkung, man ersehe aus dem Verhalten der beiden Staatsanwälte, daß das Deutsche Reich an Rußland, das Land der politischen Repressiverfolgungen grenze, die betreffenden Beamten lächerlich gemacht werden sollten.

Buchdrucker-Bewegung.

Mr. George Shipton, Sekretär des Londoner Gewerkschaftsraths, sandte an Wilhelm Liebknecht folgende Depesche:
„Wir helfen den deutschen Buchdruckern unbedingt. Geld folgt sicher und zwar in kürzester Frist.“

Von der Zeitung der Pariser Arbeitshilfe, zu welcher 201 Gewerkschaften gehören, sind Sammlungen für die streikenden deutschen Buchdrucker ausgegeben worden. Denselben ist ein Kupfer voran gedruckt, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Würger! Ein Streik von außergewöhnlichem Ernste, welcher in keinem Vergleiche zu dem Streiks der Vergangenheit steht, ist in ganz Deutschland ausbrochen. Zwölftausend Typographen und Drucker sind ausüblich arbeitslos wegen der unlokalen Handlungsweise der Buchdruckereibesitzer dieses Landes. Der Streik brach in ganz Deutschland aus zum Zwecke der Eringung des Neunstunden-Tages. Der Kampf ist ein erbitterter und wird nur mit der Niederlage des einen oder andern Theils endigen. Einer so bedeutenden Bewegung gegenüber, deren Ausbreitung sich auf alle europäischen Korporationen ausdehnen wird, ist es für die französischen Arbeiter unmöglich, gleichgültig zu bleiben, wenn sich von allen Seiten so generöse Geföhle der internationalen Solidarität geltend machen, daß man sogar so weit geht, eine außerordentliche wöchentliche Steuer anzuschreiben (Geföh, Schweiz, Oesterreich-Ungarn). Um den Streik zu führen, veranlassen die deutschen Typographen wöchentlich eine Summe von 250 000 Fr. Hieraus kann man schließen, wie bedeutend die Unterstützung sein müssen. Gegenüber so ernsten Ereignissen ist es unsere Pflicht, eine jede Nationalitätsfrage bei Seite zu lassen, und

nur auf den ökonomischen Standpunkt und den der strengen Notwendigkeit der internationalen Union der Arbeiter zu stellen, um ihre korporativen Interessen zu verteidigen. Wir zögern also nicht, an den Geist der Solidarität der französischen Arbeiter zu appellieren, mit der Hoffnung, daß dieselben so schnell als möglich und in generöser Weise auf diesen Appell des typographischen Zentralkomitees antworten werden, welches stets auf alle Sammlungen geantwortet hat, die ihm von den anderen Korporationen adressiert wurden.“

Zur Unterstützung der streikenden Buchdrucker bewilligte die Hamburger Fischer 100 M., Steinbrügger 400 M., Altonaer Bergolder 50 M., Ebersfelder Gewerkschaftsartel 100 M., Studatours 25 M. (1. Rate).

In Düsseldorf legten sämtliche Gesöhle der Buchdruckerei van Laß, von denen ein Theil circa zwanzig Jahre in Diensten der Firma stand, die Arbeit nieder, weil ihnen die Forderung des neunständigen Arbeitstages abgeschlagen wurde. — Angesichts solchen charaktervollen Vorgehens mühte jeder Streikbrecher den moralischen Zwang in sich fühlen, sich der Bewegung für den Neunstunden-Tage, durch dessen Einführung ja auch ihm eine sichere Existenz mit geschaffen wird, anzuschließen.

Die streikenden Buchdrucker Danzigs halten in einem zweiten Flugblatt das im ersten Flugblatt gegen den Buchdruckereibesitzer Herrn Otto Kasemann Besagte anrecht.

Der Fachverein der Tischler Berlins bewilligte in seiner gestrigen außerordentlichen Generalversammlung 1000 M. für die streikenden Buchdrucker.

Soziale Ueberblick.

Der Streik der Handschuhmacher dauert noch fort. Trotzdem derselbe seit 15 Wochen eine große Ausdehnung genommen hat, finden Entlassungen in größeren Fabriken statt, was auf ein schlechtes Exportgeschäft schließen läßt. Nur in Zimmern ist der Streik beendet und zwar zu Gunsten der Handschuhmacher.

Die Organisation der Handschuhmacher, welche nächst dem Buchdrucker-Verband die älteste ist, hat bewiesen, was jahrelange Disziplin vermag. Wir haben nur wenig Abtrünnige zu verzeichnen; um aber den Streik mit Nachdruck führen zu können, bitten wir die Genossen, uns aucherner zu unterstützen. Verbesserungen sind an Ernst Knöfel, Arnstadt in Thüringen, zu tun.

Für den Verbands-Ausschüß:
G. Schneider.

Die die Unternehmer-Verbände dem friedlichen Ausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitern entgegenarbeiten, zeigt der Jahresbericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Ober-Sergantsbezirk Dortmund für das Jahr 1890. Betreffs des Ausstands-Vericherungsverbandes, dessen Vermögen am 1. Januar 1891 1 454 244 M. betrug, theilt der Bericht mit, daß den Statuten eine Bestimmung beigefügt ist, wonach der Anspruch einer Zeche auf Entschädigung wegen eines Ausstandes fortfällt, wenn dieser dadurch beendet wird, daß die Zeche den Forderungen der Arbeiter nachgibt.

Nach den im Reichs-Versicherungsamte angefertigten Zusammenstellungen, welche auf den von den Vorständen der Invaliditäts- und Altersversicherung-Anstalten und der besonderen, vom Bundesrath zugelassenen Kassen-einrichtungen gemachten Angaben beruhen, betrug am Schlusse der ersten elf Monate seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes (Ende November 1891) die Zahl der erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrenten bei den 31 Invaliditäts- und Altersversicherung-Anstalten und den 8 Kassen-einrichtungen 168 070.

Von diesen wurden 128 201 Rentenansprüche anerkannt, 28 010 zurückgewiesen und 8920 als unerledigt auf den Monat Dezember übernommen, während die übrigen 2999 Ansprüche auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Von den erhobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 18 491, Ostpreußen 16 818, Brandenburg 12 820, Rheinprovinz 11 324, Hannover 8911, Sachsen-Anhalt 8975, Posen 7945, Schleswig-Holstein 6724, Westfalen 6442, Pommern 6062, Westpreußen 5043, Ostpreußen 3640 und Berlin 1784.

Auf die acht Anstalten des Königreichs Sachsen kommen 16 651 Altersrenten-Ansprüche, auf das Königreich Baden 7129, auf Württemberg 3768, Baden 3136, Gr. Hessen 3097 (die in der vorigen Nachweisung angegebene Anzahl von 3112 beruht auf einer irrthümlichen Angabe), beide Mecklenburg 3483, Thüringische Staaten 3610, Oldenburg 370, Braunschweig 1217, Preussische 1961, Groß-Hessen 1811 und auf die acht zugelassenen Kassen-einrichtungen insgesamt 2244.

Von den sämtlichen Ansprüchen sind 162 008 in den zehn ersten Monaten des Jahres, 6067 im Laufe des Monats November erhoben worden.

Versammlungen.

„Die soziale Stellung der Frau in der Gegenwart“ war das Thema, über das am Dienstag Abend Genosse Bebel im Saale der Eyp'schen Brunerei referierte. Infolge ungenügender Anzeiger der Versammlung — der „Vorwärts“ hatte nur eine Annonce gehabt und von dem Plakatanschlagern hatte man gänzlich Abstand genommen, auch hatte man übersehen, die Frauen besonders zum Besuch der Versammlung aufzufordern — war die Versammlung nur von ungefähr 1200 Personen besucht, darunter ein Drittel Frauen. Redner wies den Eingang seines Referats auf den Unterschied hin zwischen jetzt und ehemals. Vor 20 Jahren sei eine Versammlung wie die heutige unmöglich gewesen. Es würden sich dazu wohl Männer, schwerlich aber Frauen eingefunden haben. Wie die Arbeiterfrage in Deutschland erst seit 30 Jahren auf der Tagesordnung stehe, so die Frauenfrage erst seit viel kürzerer Zeit, und noch heute lähe weder die große Mehrheit der Frauen, noch die der Männer ein, daß eine Frauenfrage ebenso ihre Berechtigung habe, als die Arbeiterfrage. Immerhin hätten sich die Anschauungen hierüber bedeutend geändert und sie würden sich in Zukunft noch weit mehr ändern, weil die Thatsachen und die Verhältnisse gebieterisch Beachtung forderten. Heute noch seien Männer und Frauen in der sehr großen Mehrheit der Ansicht, daß die Frauen keine Ursache hätten, sich für allgemeine und öffentliche Angelegenheiten zu interessieren, daß die eigentliche Sphäre die Domäne der Männer sei, daß die Frau ihren Beruf von selbst anweise und so solle man nicht glauben, Verhältnisse, die so von jeher gewesen seien, jetzt auf einmal ändern zu können. Diese letztere Anschauung sei nun aber grandios. Von jeher sei nichts so gewesen, wie es heute sei, alles sei beständiger Veränderung unterworfen und davon machten die Beziehungen der Geschlechter zu einander keine Ausnahme. So wenig wie die Eigentumsverhältnisse und die Produktionsmethode ewig so wie heute gewesen seien, diese vielmehr im Laufe der Kultur-Entwicklung der Menschheit viele große und tief einschneidende Umwandlungen erfahren haben, so sei es auch mit den Beziehungen der Geschlechter zu einander und dem, was wir die Eheverhältnisse nennen, geschehen. Die Vertreter der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung hätten allerdings alle Ursache,

Königs über den gegenwärtigen Stand des Buchdruckerstreiks referierte. Daraus wurde ein Antrag einstimmig angenommen, durch welchen der Vorstand beauftragt ist, die Buchdrucker zu unterstützen, soweit die Kassenverhältnisse dieses gestatten. An Stelle eines auscheidenden Vorstandsmitgliedes wählte man Herrn F. Ott zum Kontrollleur, ferner in die Arbeitsnachweis-Kommission Herrn W. Pöhl. Es wurde noch mitgeteilt, daß am ersten Weihnachtstage im Versammlungsort ein Weihnachtsvergügen für Mitglieder stattfindet und der nächste Maskenball am 23. Januar 1892 in der Brauerei Friedrichshain abgehalten wird. Die nächste Versammlung findet am 12. Januar statt.

Der Fachverein der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter hielt am 14. d. M. eine sehr gut besuchte außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher als wichtigster Punkt auf der Tagesordnung stand: Bericht des Vorstandes über die Verhandlungen mit den Branchen betreffs Herbeiführung einer Vereinigung und Stellungnahme zu denselben. Herr Marx wies hierzu das Wort und wies, nachdem er einen Ueberblick über die Verhandlungen gegeben hatte, welche im letzten Jahre über ein Zusammengehen der verwandten Branchen (Album, Karton, Kartonpapier, Leder-Arbeiter etc.) gepflogen wurden, darauf hin, daß die Freie Vereinigung der in der Papier-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beschloffen hat, sich mit dem 1. Januar ebenfalls dem Verbands anzuschließen. Hierdurch sei man gezwungen worden, neue Verhandlungen zur eventuellen Herbeiführung einer allgemeinen Vereinigung für Berlin einzuleiten. Das Resultat dieser Verhandlungen ist ein Beschluß der verschiedenen Vorstände, auf eine Auflösung der betreffenden Vereinigungen zu Gunsten einer neuen allgemeinen Vereinigung aller verwandten Branchen mit Arbeiterinnen hinzuwirken, die dem Verbands anzugehören haben. Der Vorstand lege darum dem Fachverein einen in diesem Sinne gehaltenen Antrag vor. Nur die Vereinigung der in Buchbindereien und in verwandten Betrieben thätigen Arbeiterinnen sträubte sich gegen eine solche Organisation wie die angeregte.

An der sehr lebhaft geführten Diskussion beteiligten sich die Herren Mohrbach, Paul Schneider, Jost, Kiese, Häß, Wietrich, Wibler, Siegrist, Bergmann, Philipp Schmitt (Buchdrucker) und Lent. Die Herren Schneider, Jost, Kiese und Lent waren sowohl für eine Auflösung des Fachvereins zu Gunsten einer neuen Vereinigung, wie auch dagegen, daß die Arbeiterinnen mit den Arbeitern zusammen organisiert werden. Ihre Ansicht, welche hauptsächlich durch Schneider vertreten wurde, war die, daß ja der Fachverein alle verwandten Branchen seinem Titel gemäß in sich schließt, daß er nicht als einmal beschloffen, daß alle Arbeiter der verwandten Branchen sich ihm anzuschließen hätten, und ferner, daß die anderen Vereinigungen, wollten sie eine allgemeine Verbindung herbeiführen, sich zu seinen Gunsten auflösen sollten. Der Verein habe auch seinen Standpunkt in Bezug auf die Arbeiterinnen-Organisation öfters in Beschlüssen niedergelegt, welche gegen ein Heranziehen der Arbeiterinnen zum Fachverein sprächen. Der Vorstand hätte sich diesen Beschlüssen einfach unterordnen müssen. Um dieser Beschlüsse willen sei eine Diskussion über die Angelegenheit eigentlich gar nicht notwendig. Die Herren Siegrist und Wibler vertraten den Standpunkt des Vorstandes und wandten sich hauptsächlich gegen die Behauptung, daß die Frauen sich ihres geringeren Wissens halber erst für sich organisieren sollten und daß sie überhaupt erst zeigen müßten, daß sie etwas leisten können. Es sei besser, die Frauen wären mit den männlichen Berufsgeoffenen zusammen vereinigt. Daß sie diese brauchen, zeige der Umstand, daß im Vorstande des Arbeiterinnen-Vereins Männer als Vorkämpfer fungierten. Unter sich seien sie auch nicht, da ihren Versammlungen immer Männer bewohnten. Gegen ihren Anschluß an einen neuen allgemeinen Verbandsverein spräche auch das Vereinsgesetz nicht; dieses sei unter Umständen einem Verbandsverein ohne Frauen ebenso unhold, wie einem Arbeiterinnen-Verein. Die Herren Mohrbach, Bergmann und Häß sprachen für die Auflösung zu Gunsten eines anderen Verbandsvereins, dem aber nur männliche Personen angehören dürften; die weiblichen müßten sich dem Verein der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiterinnen anschließen. Bei der Abstimmung wurde der erst erwähnte Antrag des Vor-

standes abgelehnt, ebenso ein Eventualantrag desselben, den Verein aufzulösen, aber zu Gunsten der von Mohrbach etc. vertretenen Anschauungen. Zur Annahme gelangte mit großer Majorität ein Antrag Schneider: Die Versammlung erklärt, daß sie auf den früheren Beschlüssen beharrt, daß der Fachverein als solcher bestehen bleibt und die anderen Vereine sich aufzulösen haben, da der Fachverein alle Branchen umfaßt. In einem anderen Beschluß protestiert die Versammlung mit allen gegen ca. 10 Stimmen dagegen, daß die „Freie Vereinigung“ in den Verband aufgenommen wird. Ein weiterer angenommener Antrag erklärt sich mit dem Vorgehen des Vorstandes in diesen Fragen einverstanden und spricht den Personen ihre Mißbilligung aus, welche es unternommen haben, den Vorstand in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Der Verein der gewerblichen Hilfsarbeiter für Berlin und Umgegend bewilligte in seiner letzten Versammlung dem gemäßigten Kollegen Herrn Adolf Thal einstimmig 20 M. Unterstützung und beschloß im Weiteren, daß das Familienfest in zwei Lokalen (Norden und Südost) an einem und demselben Tage und zwar am dritten Weihnachtstage abgehalten werden soll. Der Ueberstich dieses Festes wird den Kollegen Steinmetz und Adolf Thal überwiehen. Das Festkomitee bilden für den Norden die Herren Rudolf Wendi, Wilhelm Kratt, Paul Neumann, für den S. d. d. die Herren F. Solisch, Busch, Böland. Die Versammlung faßte noch einstimmig den Beschluß, die streikenden Buchdrucker materiell zu unterstützen, da deren Forderung eine gerechte ist, und ging dann mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung auseinander.

Ueber Mathuskianismus und Materialismus sprach dieser Tage Herr Budus im Fachverein der Tischler des Westens und Südwestens. Die Versammlung nahm den Vortrag mit Beifall auf und beschloß dann, der Generalversammlung folgende Herren zur Beschäftigung vorzuschlagen: Herr Swanzig als Vorkämpfer, die Herren Kühn und Schäfer als Mitglieder der Werkstätten-Kontrollkommission für die Potsdamer Vorstadt; für den Bezirk des Hälleschen Thores fand sich kein Kandidat. Zum Schluß wurde vom Leiter der Versammlung, Herrn Hinz, auf die bevorstehende Wahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse aufmerksam gemacht und alle zielbewußten Kollegen zur regen Theilnahme an derselben ersucht.

Das neugegründete Sozialdemokratische Agitations-Komitee für den Osten Berlins hielt am Sonntag eine imposante Versammlung für Männer und Frauen ab. Diefelbe bot ein Referat Theodor Meyners über das zeitgemäße Thema: „Gleiches Recht für Alle.“ Der Redner erzielte für seine treffenden Ausführungen großen Beifall. Unter Anderem rügte er das Verhalten gewisser Beamter, welche die Wirthe veranlassen, ihre Lokale der Sozialdemokratie zu verweigern. Nach dem Vortrage kamen zwei Resolutionen zur Annahme, in deren einer auf nachdrücklichste aufgefordert wurde, nur Wirkwaren zu kaufen, welche die bekannte Kontrollmarke tragen, während in der zweiten Resolution die Versammlung sich mit den Ausführungen Meyners einverstanden und insbesondere dafür erklärte, daß nur durch die Umwandlung der privatkapitalistischen in die sozialistische Produktion gleiches Recht für Alle geschaffen werden kann, und sich zu dem Behufe alle Anwesenden der Sozialdemokratie anschließen würden. Der Versammlung, welche mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen wurde, folgte ein gemüthliches Beisammensein, das auch eines stillen Längchens nicht ermangelte.

Eine öffentliche Volksversammlung lagte am 13. Dezember im Königs Hof mit der Tagesordnung: Unsere Stellung zu der am 15. d. M. im 8. Kommunal-Wahlbezirk stattfindenden Stichwahl. Herr Antick legte in klaren Ausführungen das Verhalten der Bürger sowie der freisinnigen Partei dar und tadelte die Handlungen derselben in scharfer Weise. Unsere Stellung zu dieser Stichwahl in diesem Bezirk sei im Beschluß des Zentral-Wahlkomitees zu den Stichwahlen gegeben (strikte Stimmenthaltung); wir hätten uns auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen, alle anderen Parteien seien und gegenüber eine reaktionäre Masse. (Bravo.) Meyner wies dann auf die schamlosen Wahlbeeinflussungen hin, welche die Fortschrittler gerade im

8. Bezirk trieben, sowie auf den Bauernfang, dessen sich die freisinnigen Vertrauensleute durch das Annonciren einer ihrer Versammlungen im „Vorwärts“, welches nur daraus berechnet gewesen sei, unsern Genossen Sand in die Augen zu streuen, schuldig gemacht hätten. Da nun über diese freisinnige Versammlung die „Voss. Ztg.“ und das „Berl. Tagebl.“ tendenziös entstellte Berichte gebracht haben, nahm der Redner Veranlassung, zu erklären, daß die Sozialdemokraten jene Versammlung nicht deshalb verlassen, weil sie im „Vorwärts“ annonciert war, sondern weil sie es unter ihrer Würde hielten, mit Vertretern einer Partei zu unterhandeln, welche Wahlbeeinflussung und Bauernfang betreibt, denn nur auf Letzteren sei die Annonce berechnet gewesen. Die Genossen würden beweisen, daß keiner der beiden Kandidaten das Vertrauen der Arbeiter besitze; nur die allergrößten Häupter wählten ihren Reiter selber. (Bravo.) In der Diskussion ergriffen die Herren Dr. Munchan und Dambrowski das Wort. Ersterer dem Referenten darin beispiechend, daß die Annonce Bauernfang größter Art gewesen sei, aber versichernd, daß die Schuld nur den betreffenden Vertrauensmann (Heimann) treffe. Im Uebrigen versuchte er, Redner, gleich seinem Kollegen Dambrowski eine Lanze für den wahren Fortschrittler und Demokraten Vortmann zu brechen, welcher im rothen Hause stets wahre Arbeiterfreundlichkeit bewiesen habe. Herr Dambrowski meinte, man müsse bei politischen Aktionen die Vernunft reden lassen, und von zwei Uebeln das kleinste wählen, und daß sei entschieden Herr Vortmann. Beiden Rednern wurde durch die Herren Antick, Bartsch, Kleinert, Jensch, König und Silberschmidt die gebührende Antwort zu Theil; unter Anderem bedeutete man ihnen, daß unser Kampf nicht gegen Personen, sondern gegen Prinzipien gerichtet ist. Daraus gelangte folgendes Antrag gegen zwei Stimmen zur Annahme:

„Die heute im „Königs Hof“ tagende öffentliche Volksversammlung erklärt: den Beschluß des Zentral-Wahlkomitees betreffs der Stichwahlen zu dem ibrigen zu machen.“

Im Verschiedenen gab der Vorsitzende bekannt, daß alle Beschlüsse über Wahlbeeinflussungen u. s. w. an H. Werner, Bülowstr. 64, Hof 3 Tr., zu richten sind. Daraus wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Im Sozialdemokratischen Wahlverein für den 8. Reichstags-Wahlkreis sprach am Dienstag Abend Herr Henning über das Thema „Die Politik im Verhältnis zum menschlichen Recht und zur menschlichen Freiheit“. In der Diskussion bemerkte Herr Zahn, der Referent habe in seinem Vortrage nicht genug betont, daß das Recht weiter nichts als eine Machtfrage ist, und überhaupt für eine sozialdemokratische Versammlung viel zu lag gesprochen. Im weiteren Verlaufe der Versammlung theilte der Vorsitzende das Resultat der beiden Kommunal-Stichwahlen mit, bei welchen unsere Partei theilhaftig war, und rief die Mittheilung von dem Siege Dr. Zadel's großen Jubel hervor. Im Uebrigen wurde noch bemerkt, daß am ersten Feiertage Abends der Wahlverein in Köpcke's Salon in der Fialenstr. 29, ein Vergnügen feiert. Am 17. Januar findet das Stiftungsfest statt; Genossen, die mitwirken wollen, können sich bei Genossen Apert melden. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

Briefkasten der Redaktion.

S., Düsseldorf. 1. Ein Vater kann für seine Kinder bis zu deren 14. Jahr deren Austritt aus der Kirche erklären; alsdann brauchen dieselben keinen Religionsunterricht in der Schule oder sonst zu nehmen. 2. Nein.

A. W., Strahe 30. Sie können gegen den Wirth auf Rückgabe der ihm, resp. den von ihm hierzu Angestellten übergebenen Sachen event. Ersatz des Werthes klagen.

P. M., Hitzdorf. Ihr Bruder kann, da sein Vergehen noch nicht verjährt ist, nur dann hier herzukommen riskiren, wenn er inzwischen das amerikanische Bürgerrecht erworben hat. Andersfalls würde er verhaftet werden; eine Art Dispensation, um sich für längere oder längere Zeit hier aufzuhalten, giebt es nicht.

Verlag des „Vorwärts“, Berliner Volksblatt
Berlin SW., Weithstr. 2.

Wir theilen den Parteigenossen mit, daß das

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokrat. Partei Deutschlands,

abgehalten zu Erfurt vom 14.—20. Oktober 1891,
Ende dieser Woche zur allgemeinen Versendung gelangt, so daß

Montag, den 21. Dezember a. C.,

alle Besteller im Besitze ihrer Exemplare sind.
Die Ausgabe für Berlin erfolgt an demselben Tage.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß die erste Auflage

von 25 000 Exemplaren

durch die bis her vorliegenden Bestellungen vollständig erschöpft ist, ein Neudruck sich vor Ende Januar 1892 nicht bewerkstelligen läßt und erfolgen wird, sobald hinreichende Nachbestellungen eingehen.

Am Sonnabend, den 19. d. M., wird erscheinen und zum Preise von 20 Pfg. durch alle Buchhandlungen, sowie alle Kolportage zu beziehen sein:

Unsere Taktik.

Ein ehrliches Wort zur Klärung
von Max Pfund. 1719L

Die kleine Schrift ist allen Genossen aufs Beste zu empfehlen. Besonders machen wir auch die Vereine, die diese interessante Arbeit für ihre Mitglieder beziehen wollen, darauf aufmerksam, daß sie bei Entnahme größerer Posten bedeutende Preisermäßigung erhalten. — Für Wiederverkäufer sowie in größeren Posten zu beziehen durch die Vorwärts-Buchhandlung und durch die Buchhandlung von Abel, Sebastianstr. 29.

Maurer & Dimmick.

Damen-Kleiderstoffe

zu unerhört billigen Preisen einzukaufen.

Weihnachts-Ausverkauf

- enorm billig.
- Berliner Warp**, in sehr schönen neuen Mustern. Mtr. 25 Pf.
 - Lama-Warp**, dauerhaftes praktisches Hauskleid. Mtr. 30 Pf.
 - West-Cheviot**, geeignet für Hauskleider. Mtr. 40 Pf.
 - Krepp- und Körper-Stoffe**, sehr haltbar, für Haus- und Strassenkleider, glatt, gestreift und in doppelbreit, Mtr. 50 Pf.
 - allen Melangen. doppelbreit, Mtr. 75 Pf.
 - Einfarbige engl. Damentuche**, in grosser Farben-Auswahl. doppelbreit, Mtr. 1 M.
 - Reinwollene foulerte und Cheviot-Körper-Stoffe**, modernes Strassenkleid, grosses Sortiment. doppelbreit, Mtr. 90 Pf. u. 1 M.
 - in neuen Farben. doppelbreit, Mtr. 1 M., 1,25 M., 1,50 M.
 - Reinwollene schwere Körper-Cheviots** in prachtvoller Farben-Auswahl, für Promenadenkleider. doppelbreit, Mtr. 1 M.
 - Reinwollene echt englische Himalaya-Cheviots**, sehr haltbare Qualitäten. In tachartiger Ausrüstung, neueste Farben. doppelbreit, Mtr. 1 M., 1,25 M., 1,50 M.
 - Reinwollene echt englische Himalaya-Neiges**, in ganz originellen Jacquard-Mustern. In vorzüglichster Ausführung. doppelbreit, Mtr. 1,50 M., 1,75 M.
 - Reinwollene echt englische Jacquard-Cheviots**, mehrt. gestreift und mit Noppengarn versehen, sehr elegante und dauerhafte Genres. doppelbreit, Mtr. 1,75 M., 2 M.
 - Grosses Lager schwarzer Stoffe** in glatt, gestreift und gemustert. Reine Wolle. doppelbreit, Mtr. 90 Pf. und 1 M.
 - Ballstoffe** in allen modernen, schönen Abendfarben. Reine Wolle. doppelbreit, Mtr. 1 M.
 - Gestückte Batist-Roben** in crème und weiss. 4,50, 6, 7, 8, Mark.

Damen-Winter-Mäntel

- Grosse Auswahl Jaquets, jetzt 5, 6, 7, 9, 10 M.
- Grosse Auswahl wattierte Abend-Mäntel, anschliessend und lose, 10 und 12 M.
- Grosse Auswahl eleganter, langer Mäntel, 10, 15 M.
- Bedeutend unter Preis ein Posten Regenmäntel, 5 M.

Fertige Kleider

haben wir in Berlin die grösste Auswahl und verkaufen solche zu den billigsten Preisen.

- Elegante farbige Kleider von 20 Mark an.
- Schwarze Kleider 25, 30, 35 Mark.
- Schwarze seidene Kleider 50, 60 Mark.

Morgenröcke in gr. Auswahl 6, 7,50, 9 Mk.

Sielmann & Rosenberg,

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.